Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 200 22. OKTOBER 1977

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

frankfurter
informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

DAS VERDRÄNGTE SCHREIBT HEUTE ÜBERALL. SCHREIBT UNMITTELBAR AUSSERHALB, AUSSERHALB DER MEDIENINDUSTRIE, AUSSERHALB des TEXTES UND DER ORDNUNG DER SPRACHE, 'MEIN JUNGE'.

ID Nr. 200

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf **postscheckkonto 52 52 28 – 602 postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60) bitte **stichwörter** angeben: „neuabo", „verlängerung", „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.

BANANENREPUBLIK ?

SCHREIBEN wie ein hund, der sein loch buddelt, wie eine maus, die sich ihren bau macht, eine wüste ganz für uns, wie das wort des irren
DIE NIEDERE SPRACHE IST DIE REINSTE KLANGMATERIE

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern - Walter Spruck

SCHULALLTAG

WORMS 18.Oktober „Heute fing bei uns in Worms am -Gymnasium die Schule wieder an. Ich erhielt prompt eine schon lange ersehnte Kursarbeit im Deutsch-Leistungskurs zurück. Die Arbeit ging über einen vorher noch nicht besprochenen Leitartikel in der ‚Zeit'. Da die Aufgabe der Arbeit Textbeschreibung und Analyse war, ging ich auch an den, in dem Leitartikel angeschnittenen ‚Buback Nachruf' heran. Der Deutschlehrer, ansonsten ziemlich liberal, unterstrich den Satz: „Vielmehr haben sie den Buback Nachruf nachgedruckt, weil zwar überall in der Presse kleine Ausschnitte (aus dem Kontext gerissen) veröffentlich wurden, aber der Sinneswandel des Autors innerhalb des Nachrufs nicht erwähnt wurde." rot (‚sie' sogar doppelt) und schrieb folgendes an den Rand: „Das sagen Sie zur Rechtfertigung. Man kann aber unterstellen, es liege Ihnen daran, das Thema in der Öffentlichkeit in der Diskussion zu halten."
Ideologie in der Schule.

Nachtrag: Heute morgen wurde unser Schulsprecher während einer Lehrerkonferenz — als er 2 Minuten zu spät kam — von einem katholischen Religionslehrer öffentlich als ‚Sympathisant' bezeichnet. Zum Oberstudiendirektor (CDU) sagte der Lehrer: „So was züchten wir an unserer Schule heran." Zu des Lehrers Überraschung schiß ihn der Direktor aber sofort an (alle Achtung, das ist gewagt) und sagte: „Ich habe immer gutmit ihm zusammengearbeitet. Wie können Sie es wagen, ihn einen Terroristen zu nennen!" Der Direktor ist nicht der ‚starke Mann', wie von den meisten Lehrern gewünscht. Der Schülersprecher will eine öffentliche Entschuldigung von Seiten des Lehrers."

WICHTIG WIE EH UND JE: DIE KONTAKTADRESSE

Wir möchten allen Korrespondenten und spontanen Briefeschreibern sagen, daß sie bitte die Kontaktadresse mit angeben. Zum einen für uns, damit wir bei Fragen wissen, an wen wir uns wenden können und zum andern für alle, die unabhängig davon noch Fragen haben und nicht den zentralistischen Weg über den ID nehmen müssen.

WENN DAS BEAMTENGESETZ ZUSCHLÄGT....

FREIBURG
Oktober 1977

Im ID 199 hatten wir den anonymen Brief von 47 Freiburger Lehrern kritisiert, die beim Oberlandesschulamt gegen das Verbot des Liedes vom Baggerführer Willibald protestiert hatten. Grund unserer Kritik war die Anonymität des Briefes. Die Lehrer haben prompt mit einem, wie ich denke, wichtigen Diskussionsbeitrag geantwortet. Unsere Frage: Was noch, was können wir tun in einem Land, in dem Lieder verboten werden, außer sie zu singen? : Nachstehend der Brief der Lehrer:

„Ihr habt recht: Kein freiwilliger Verzicht auf verbriefte Rechte- kein freiwilliger Gang in den Untergrund. So allgemein – so richtig – so undifferenziert. Warum? Ihr macht eine Alternativpresse, wir sind verbeamtete Lehrer, das heißt, wir fallen wie ihr unter die FDGO, leider auch unter das Beamtengesetz. Wir gehören zu den Leuten, die – und das ist so zynisch wie es klingt – mehr oder minder bewußt bereits mit dem Diensteid, den sie geschworen haben, zum Teil freiwillig auf Rechte wie freie Meinungsäußerung verzichtet haben. Der anonyme Brief ist das Resultat und Ausdruck eben dieses Widerspruchs – und kein absoluter Verzicht.

Er ist vielmehr ein Versuch, im Rahmen des Beamtengesetzes (man darf nicht aus dem Rahmen fallen, und jetzt ts,ts,ts....) gegen das Beamtengesetz verstoßen. Wir beneiden euch in vieler Hinsicht, wir nehmen an, daß ihr aus bürgerlichen Zwangsberufen und Studiengängen herausgegangen seid. Wir sind noch mittendrin, wenn auch mit vielen Fragezeichen.

Eure und unsere Formen des Kampfes für bislang noch verbriefte Rechte müssen verschieden sein. Eine Auseinandersetzung mit dem Oberschulamt impliziert zum Beispiel für den Lehrer den Dienstweg und damit die Ausschaltung der Öffentlichkeit. Wir verstehen deshalb diesen Brief, der Öffentlichkeit schaffen sollte, als einen möglicherweise dürftigen oder fragwürdigen, aber immerhin ungehorsamen Gehversuch gegen die Einengung durch das Beamtengesetz. Der Schritt in die Öffentlichkeit – als Protest gegen eine Amtsanordnung – unter Ausklammerung des Dienstweges bedeutet also einen Verstoß gegen das Beamtengesetz und wird durch ein Disziplinarverfahren geahndet, huch, das Gesetz hat gesprochen.
Nota bene: Es gibt viele Arten von Lehrern: Brave (Beamte) Kühne (Angestellte) und Tollkühne (Nebenlehrer).
Eure gerechtfertigte Kritik hat uns noch einmal deutlich gemacht, daß die Angst um die durch Maulkörbe erkaufte Sicherheit eines verbeamteten Lehrers uns sehr leicht zum freiwilligen Tragen von Maulkörben führen kann. Beispiel dafür ist die Anfrage von mehreren Lehrern an das Oberschulamt Freiburg,ob ihre Unterschrift unter die Kritik am Katastrophenschutzplan für das AKW Fessenheim in Widerspruch zu ihrer Treuepflicht gegenüber dem Staat steht und somit einen Eintrag in die Personalakte mit sich bringt. Bitte sehr!
Wie ihr seht, und das ist uns sehr peinlich, hat nicht nur das Beamtengesetz voll zugeschlagen, sondern auch das Beamtendeutsch. Sobald sich die Sachen in Freiburg um den Baggerführer Willibald weiter entwickelt haben – es läuft einiges – hört ihr mehr von uns."

SICHERHEIT UND GEWALT / NEUFASSUNG DES ‚STARKEN FERDINAND'

FRANKFURT
20.Oktober

Kürzlich haben Bundespräsident und Bundeskanzler festgestellt, die Diskussion über Gewalt in der BRD läuft in allen Nachbarländern anders als bei uns. Darüber können sich nur Bundespräsident und Bundeskanzler wundern. „Der starke Ferdinand" ist ein Beispiel dafür, was bei uns verschwiegen wird.
Er wurde bisher nur im Ausland ausgewertet, den deutschen Kinos wurde er erst garnicht angeboten. Ab Ende Oktober (voraussichtlich, die genauen Starttermine bitte der Tagespresse entnehmen) läuft „Der starke Ferdinand" als deutsche Wiederuraufführung in Frankfurts ‚Harmonie'.

Alexander Kluge sagt, daß der Film nach intensiven Diskussionen stark geändert worden ist. Der von der bürgerlichen Filmwirtschaft boykottierte Film hat in seinen Worten folgende Grundgedanken:
„Es geht darum: nachdem es jede Menge konsumistischer Dedektive und Polizeifilme gibt, gibt es überhaupt nichts über den gesamten Bereich der Industriepolizei. Das ist aber genau der Produktionsbereich. Und ich gehe davon aus, daß die Repression im Produktionsbereich stärker ist als im Distributionsbereich. Der einzige, der das mal theoretisch dargestellt hat, ist Karl Heinz Roth in seinem Buch „Die andere Arbeiterbewegung". Der einzige, der den Stellenwert des Werkschutzes richtig erfasst hat.
Der Film soll ein Licht auf dieses Thema werfen, aber nicht mit einem Bierernst, so wie man es uns in diesen Tagen abverlangt, indem die grotesken Seiten der Logik der Gewalt dargestellt werden. In Brasilien z.B. hat eine oppositionelle Gruppe diesen Film erworben und sie sagen, die Zensur merkt nicht, was der Film sagt, aber wir sehen unsere Erfahrungen mit dem System, sehen, daß die Obristen nicht zielen können, und das gilt für alle Gewaltinstrumente, sie können nicht zielen.
Und diese Dialektik kommt daraus, daß die Arbeitskraft sich einerseits instrumentell verhalten muß, aber andererseits eine Freude an der eigenen Arbeitskraft hat. Was sich auch beim Auftritt der GSG 9 zeigt, die haben Spaß an der Aufgabe, die brauchen den Gegner, und die haben mehr Schwierigkeiten mit ihren Vorgesetzten, den Zuständigkeiten, die sie einengen, die würden auch ihren Gegner selbst produzieren und wenn sie sich teilen und die eine Hälfte spielt Gegner, damit ihre Planstelle Bedeutung hat, weil sie auch immer noch einen Rest Arbeitskraft vertreten, und die geht gegen das instrumentelle Dasein an. Deshalb sind sie auch für ihre eigenen Herrn äußerst gefährlich und zielen nie richtig und das ist der wesentliche Inhalt des Films.

Insofern ist der Film eigentlich ein Dokumentarfilm mit Spielhandlung. Der Film ist gegenüber der ersten Fassung massiv geändert. Nachdem wir im Ruhrgebiet sehr intensiv diskutiert haben. Es gab ausgesprochen starke Diskussionen, und daraufhin habe ich den Film radikal geändert."

Gruppen, die den Film vorführen wollen, können sich an die Harmonie wenden:
Harmonie, Dreieichstr. 54;6 Frankfurt; Tel. 0611 / 613550

EIN NEUER BUCHLADEN IN MÖNCHENGLADBACH

MÖNCHENGLADBACH
20.Oktober

Während diese Zeilen geschrieben werden, öffnet der neue Buchladen bereits seine Türen. Er heißt: **prolibri** und ist in der **Waldhausener Str. 146 in 4050 Mönchengladbach** zu finden.

ANTI–REPRESSIONS–WOCHE

MAINZ
18. Oktober

Ein Vorbereitungsausschuß für eine Anti-Repressionswoche in Mainz teilt mit:

"In Mainz ist demnächst wieder was los: Die Anti-Repressions-

Woche vom 7. November -- 13. November 1977 in Mainz und um Mainz herum. Ziel: breite Information der Bevölkerung über die Repression in der BRD und zwar auf eine, wenn's geht, ansprechende Art und Weise.
Zur Vorbereitung dieser Woche haben sich bisher etwa 10 Mainzer Komitees, Initiativen usw. sowie mehrere Einzelpersonen zusammengefunden, die in etwa folgende Pläne für diese Woche haben:

- Autocorso (Wochenanfang)
- Infobuden, Flugblätter in der Stadt (während der Woche)
- ggf. mit Benutzung von :Tonbändern
- Veranstaltungen (kulturelle und Informationsveranstaltungen) in den Vororten (Abends, während der Woche)
- Anti-Repressions-Fest (freitag abend), ESG, 19 Uhr
- evtl. Arbeitsgruppen (Wochenende)
- evtl. Anti-Repressions-Ausflug (Wochenende)

Macht mit vor und während der Woche!
Bleibt nicht bei Eurem Unmut über die Situation hier und heute stehen! Es werden noch Ideen gesucht für die Anti-Repressions-Woche. Und es gibt noch viel dabei vorzubereiten, damit das Ganze ein Erfolg wird. Also: Mach auch Du mit und sag es weiter!
Regelmäßiger Treff des Vorbereitungsausschusses: Mittwochs 17 Uhr, ESG (Nähe Uni), Mainz, Raum hinter der Bar

Kon-spirieren heißt ZUSAMMEN ATMEN

BÜRGERKRIEG IN ROLANDSWERTH

ROLANDSWERTH
20.Oktober

In einem kleinen Dorf bei Bonn wurde am 14. Oktober ein Haus durchsucht. Einer der Bewohner schreibt dazu:

Wenn sich die Nachbar nicht getäuscht und die Bullen auf die getäuschten Nachbarn verlassen hätten, wäre beinahe am Freitag, 14. Oktober 77, gegen 13.00Uhr, in dem kleinen Nest Rolandswerth in der Nähe von Bonn Hanns-Martin Schleyer gefunden worden. Aber die Hinweise und die verschiedenen "Spuren" (Spur Nr. 5822) ließen aus der Aktion "Schleyers Befreiung" eine Aktion Wasserschlag werden. (Zum wievielten Mal inzwischen? ? ?)

Der Ort besteht aus maximal hundert Häusern, die Familien alteingesessen, jeder kennt jeden. Im April dieses Jahres ziehen drei Leute, die niemand kennt, in ein über zweihundert Jahre altes kleines Bauernhaus: ein Redakteur der Bonner Zeischrift "3. Welt Magazin", ein weiterer Mitarbeiter des gleichen Magazins und kommissarischer Vertreter des evangelischen Studentenpfarrers in Bonn und die Pressesprecherin der bundesdeutschen Sektion von Amnesty International. Allein die Tatsache, das Haus an die drei vermietet zu haben, hat die Hausbesitzer, alteingesessen und wohlbekannt, auf Dorfebene unmöglich gemacht. Die ersten Polemiken liefen an. Suspekt vor allem die fehlenden Vorhänge vor den Fenstern, die häufigen Besuche ("Also da standen Autos mit Berliner Kennzeichen vor der Tür!") und zuletzt noch das Einstellen eines Campingwagens in der einfahrt.

Die drei Hausbewohner erfahren nachträglich, daß sich seit Wochen eine Pogromstimmung nicht nur gegen sie selbst, sondern auch gegen die Hausbesitzer richtet, die zwar etwas weiter abseits, aber ebenfalls im Ort wohnen. Die Polizei wird verständigt, dies und das sei ja wohl sehr verdächtig, man müsse sein Auge drauf werfen. Die Bullen kommen und fangen an zu fragen, die Nachbarn nach regelmäßigen Gewohnheiten, die Hausbesitzer (die inzwischen als potentielle Sympathisanten gelten) nach Überweisung der Miete und woher das Geld für die Renovierung stammt. Die Bullenbesuche heizen die Stimmung im Dorf weiter an. Am Freitag, den 14. Oktober, endlich die große Aktion:

Ca. gegen 13.00 Uhr, die Hausbewohner sind nicht anwesend und die Hausbesitzer nicht informiert, fliegen Hubschrauber ein. Das ganze Dorf wird abgeriegelt, die vielbefahrene Bundesstraße 9 vorübergehend völlig für den Verkehr gesperrt. Ungefähr 80 Typen vom BKA, schwerbewaffnet, mit Helmen und gepanzerten Westen stürmen das Haus, brechen die Haustür aus der Füllung und duchsuchen die Räume. Eine Tür, die nicht verschlossen war, wird eingetreten, ein Bastkorb demoliert ("Es hätte ja der tote Schleyer drin sein können", so Kriminalrat Gitt vom LKA Koblenz später). Wie inzwischen bekannt, wurde Schleyer nicht gefunden. Die Herren ziehen ab, lassen schnell die gangtür vom Schreiner nebenan reparieren und verlassen das Dorf. Reaktion der Bewohner des Ortes: Wut und Empörung über die Terroristen, die sich erlauben, ihr sauberes Nest zu beschmutzen. Reaktion der Hausbesitzer: Solidarität für die Bewohner, denen sie vertrauen, und Wut und Empörung gegen den staatlichen "Gegenterror", wie es der Hausbesitzer, ein CDU Mitglied und gäubiger Katholik, ausdrückt. In seiner Entrüstung druckt er sofort Plakate (er besitzt eine Druckerei) und läßt sie außen am Haus anbringen:

DIESES HAUS
ist Opfer
einer Kampagne der Infamie
und des staatlichen Gegenterrors
geworden

Die Nachbarn beschweren sich bei den Bullen über den provokativen Text. Die Bullen ihrerseit versuchen die Hausbesitzer einzuschüchtern und erklären, das Plakat sei gesetzeswidrig. Sie erstatten Anzeige gegen den Hausbesitzer, der schließlich das Schild abnehmen läßt.

Bislang ist lediglich einer der drei Hausbewohner offiziell von dem Überfall informiert worden, und dies erst auf mehrmalige Anfrage hin. Die beiden anderen wissen von nichts. Die Bullen versuchen inzwischen verstärkt, auf den Hausbesitzer Druck auszuüben. Mit einem fingierten Druckauftrag in dessen Druckerei, der angeblich aufgrund der Plakataktion zurückgezogen werden müsse, soll deutlich gemacht werden, daß bei fehlendem Wohlverhalten gegenüber den Behörden die existenzielle Grundlage auf dem Spiel steht. Gelegentlich auch die Frage, "glauben Sie nicht, daß Ihr Verhalten Auswirkungen auf Ihr Geschäft haben."Die Hausbesitzer sehen ganz deutlich den Versuch, sie im Rahmen des Dorfes zu kriminalisieren und zu isolieren. Der Kontakt zu den Bewohnern des Hauses rückt sie bereits in die Nähe des vielbesungenen "Sympathisantentums" was immer das auch sein mag. Die Pogromstimmung hält an."

Dazu noch ein Ausschnitt aus dem Berliner Extra Dienst (Nr. 83/XI) zu der gleichen Sache:

"... Der Generalsekretär von amnesty international, der ehe-

malige evangelische Landesbischof von Chile, Helmut Frenz, kündigte am Montagmorgen gegenüber dem EXTRA-Dienst an, daß seine Organisation zu diesem Vorfall Stellung nehmen werde. Wie bekannt erhielt "ai" in der letzten Woche den Nobel–Friedenspreis für 1977.

Bonner Beobachter weisen darauf hin, daß sowohl amnesty international als auch der Progress-Dritte-Welt-Verlag (PDW), in dem das "Dritte-Welt–Magazin" erscheint, Menschenrechtsverletzungen und ihre politischen Hintergründe entlarven. Das "Dritte-Welt-Magazin" hatte in der Vergangenheit wiederholt die militärische und atomare Kollaboration der BRD mit Südafrika mit beweiskräftigen Dokumenten belegt, die u.a. auf UNO-Konferenzen starke Beachtung fanden und die Anprangerung der Bundesregierung zur Folge hatten.

Der von der Hausdurchsuchung betroffene Redakteur Ulrich Stewen bereitete zur Zeit des Polizeiüberfalls anläßlich der Frankfurter Buchmesse eine Podiumsdiskussion mit der israelischen Rechtsanwältin Felicia Langer, dem Baseler Professor Dr. Walter Hollstein und dem Westberliner Wissenschaftler Mario Offenberg sowie dem in London lebenden Lyriker Erich Fried über den Zionismus vor. Der PDW-Verlag hatte in Kooperation mit anderen Verlagen Bücher von Felicia Langer, die dem Zk der KP Israel, Rakach, angehört, und Professor Hollstein auf der Buchmesse vorgestellt. Der dritte Betroffene, Detlef Ziegert, ist neben seiner Tätigkeit al sRedakteur Auslandsreferent der Evangelischen STudentengemeinde (ESG) in Bonn..."

HAUSDURCHSUCHUNGEN

Wiesbaden 20.Oktober

"Heute am 19.10.1977 fand in der Emserstr. 59 die zweite Hausdurchsuchung innerhalb eines Jahres durch ca. 20 schwerbewaffnete Polizisten statt. Die Hausdurchsuchung dauerte über 3 Stunden, 9 Erwachsene wurden vorläufig festgenommen, zwangsweise erkennungsdienstlich behandelt und drei Stunden im Polizeipräsidium festgehalten. Ein Haussuchungsbefehl gab es nicht, die Polizisten äußerten sich, daß der Verdacht bestünde, daß hier Mitglieder einer kriminellen Vereinigung wohnen, außerdem läge "Gefahr im Verzug" vor.

In der Emserstr. 59 wohnen seit drei Jahren 11 Erwachsene und 3 Kinder in zwei Wohngemeinschaften. Wir sind so "normale" Menschen, daß wir "sogar" in verschiedenen Berufen arbeiten und Kinder großziehen. Außerdem ist hier ein privater Kindergarten aufgebaut worden, der inzwischen fast ein Jahr besteht. Wir haben uns in den letzten Jahren in Wort und Schrift mit den herrschenden Verhältnissen auseinandergesetzt, wir haben uns in Form von Veranstaltungsbesuchen, Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und an der Verteilung von Flugblättern beteiligt am Kampf gegen Berufsverbote, Wohnraumzerstörung, Fahrpreiserhöhung, Maulkorbgesetze, Verbot der K-Gruppen, Kontaktsperregesetz, Kernkraftwerke.
Heute sind außerdem 8 Wohnungen in Wiesbaden durchsucht worden und 43 Leute vorläufig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt worden, die in den letzten Jahren politisch aktiv waren. Ein Teil der Festgenommenen wurde bei der erkennungsdienstlichen Behandlung geschlagen und mit Knebelketten mißhandelt. In den letzten Jahren und besonders in der letzten Zeit wurde in der Öffentlichkeit das Klima vorbereitet, um das politische Denkverbot durchzusetzen und alle Kritiker auszuschalten. Wir lassen nicht zum Schweigen bringen!
Wer sich für nähere Einzelheiten interessiert und Näheres wissen will, der kann bei uns gerne vorbeikommen."

Dieser Text wurde auf einer 15 m langen Wandzeitung von den Bewohnern der betroffenen Wohnungen an die Hauswand gehängt. Es kamen natürlich gleich die 'Staatsschützer' und wollten es entfernen. Man einigte sich aber, daß die zunächst gebrauchten Ausdrücke 'Polizeiterror' gegen 'Polizisten' ausgetauscht wurden, worauf die Wandzeitung hängen bleiben durfte. Am Donnerstag, den 20.10., kamen die 'Herren' nochmal an, weil eine Nachbarin die beiden Wohngemeinschaften denunziert hatte, aber die Zeitung blieb nach genauem Betrachten hängen.
Viele Leute haben sich die Wandzeitung durchgelesen (die Emserstr. ist sehr belebt) und die Presse war auch da. Damit ist die gewünschte Wirkung eigentlich erzielt worden. Um 14 Uhr jedoch kamen 6 schwerbewaffnete Uniformierte an, in der Hand Wassereimer und Pinsel und rissen die Zeitung herunter. Ein vorübergehend in dem Haus wohnender Genosse wollte diese Aktion fotographieren, worauf er sofort verhaftet wurde und gefesselt zum Polizeipräsidium abgeführt wurde (er ist inzwischen wieder frei). Als Begründung für den Abriß der Wandzeitung kam: "Darum"! Eine weitere Äußerung kam nicht. Die Hausbewohner wollen wieder eine Wandzeitung machen und diese an die Hauswand hängen.
In Wiesbaden ist die Stimmung angesichts der Starßensperren und der vielen Zivilen und noch mehr Uniformierten entsprechend.

Westberlin 20.Oktober

Am Mittwoch wurden die Kanzlei und die Wohnung von Rechtsanwalt Ströbele durchsucht. In der Kanzlei dauerte die Durchsuchung ca. 4 Stunden an. Mitgenommen wurden vor allem Verteidigungsakten, die sich auf den Zeugen Gerhard Müller beziehen, der Ströbele in einer seiner vielen Aussagen belastet hat.
Begründet wurde die Durchsuchung jedoch damit: Ströbele hätte ein Interview, das Norbert Kröcher einer schwedischen Zeitung geben wollte, aus der Haftansatlt geschmuggelt. Diese "Begründung" ist absurd, wenn man bedenkt, daß Bundesrichter Kuhn das Interview selbst gestattet hat und es dann auch in der Haftanstalt Frankenthal durchgeführt worden ist.

Bereits am Montag wurden in Westberlin ca. 38 Wohnungen durchsucht und dabei 11 Leute festgenommen, die erkennungsdienstlich behandelt wurden und dann bis auf einen Mitarbeiter von Agit-Druck wieder freigelassen wurden. Zwei weitere Mitarbeiter von Agit-Druck wurden beim Grenzübergang nach Westberlin verhaftet (sie kamen von der Buchmesse aus Frankfurt)

Diese Hausdurchsuchungen und Festnahmen richteten sich vor allem gegen das Info-Bug. Dem Info-Bug bzw. den Mitarbeitern von Agit-Druck wird Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§ 129a) vorgeworfen. So wurden dann auch in vielen Buchläden und anderen Vertriebsstellen die noch vorhandenen Infos beschlagnahmt. Den Tatbestand des § 129a wollen die Staatsschützer anhand der letzten Nummern des Infos durch Indizien beweisen. Agit-Druck darf das Info nicht mehr drucken, ansonsten werden die Druckmaschinen beschlagnahmt.

Auch in Frankfurt waren schon Hausdurchsuchungen. So z.B. bei Hilde Pohl, der Mutter von Helmut Pohl. Hilde Pohl wohnt allein in einer zwei Zimmer-Wohnung. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag (19./20.10.) von

1.20 – 3.45 Uhr stürmten 8 Staatsschützer (vier davon mit Maschinenpistolen, die anderen vier Zivilen ebenfalls mit Pistolen an der Hüfte) in Hilde Pohl's Wohnung. Einen Durchsuchungsbefehl hatten sie natürlich nicht, auch hier "Gefahr im Verzug" – im Auftrage des Generalbundesanwalts. Frau Pohl hatten einen Messegast zu Besuch, der von dem Eintritt der 7 Herren'und 1 'Dame' zuerst nichts mitbekam und so recht brutal geweckt wurde. Die Wohnung von Frau Pohl wurde auf den Kopf gestellt, Wände wurden abgeklopft, die Nähmaschine auseinandergenommen, ebenfalls der Kühlschrank, für den Papierabfall fand man auch reges Interesse. Beschlagnahmt wurden ein Taschenkalender aus dem Jahre 76,, Korrespondenz und ohne Quittung zwei alte Fotos. Nach lange,m Hin und Her konnte auch ein Anwalt angerufen werden.

TELEGRAMM BERLINER RECHTSANWÄLTE AN DEN BUNDESMINISTER DER JUSTIZ

Westberlin
18.Oktober

" Die unterzeichnenden Rechtsanwälte in Westberlin, die zahlreiche von der Kontaktsperre betroffene Gefangene verteidigen, fordern die sofortige Aufhebung dieser Maßnahme. Sie glauben nicht, Andreas Baader Maßnahme. Sie glauben nicht die Behauptung, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Irmgard Möller und Jan Karl Raspe hätten in Stuttgart–Stammheim Selbtsmord begangen bzw. dies versucht. Wir befürchten, daß unsere Mandanten die totale Kontaktsperre nicht überleben. Wir haben den Eindruck, daß die Erwägung von Golo Mann, in der "Panorama-Sendung" vom 17. Oktober 1977, politische Gefangene als Geiseln zu erschießen, bereits in die Tat umgesetzt worden ist. Wir verlangen, unsere Mandanten sofort aufsuchen zu können."

Unterschrift der 17 Anwälte

HAUSDURCHSUCHUNG: "HALTEN SIE VIELLEICHT HERRN SCHLEYER VERSTECKT? "

MORESNET
10. Oktober

Liebe Freunde!
Wir sind eine Wohngemeinschaft von 4 bis 5 Leuten, studieren und arbeiten in Aachen, wohnen aber seit viereinhalb Jahren in 4671 Moresnet, Rue Foulerie 10, Belgien.

In der letzten Woche war bei uns eine Hausdurchsuchung mit großem Polizeiaufgebot, bei der man nach Herrn Schleyer suchte. Dies ist in der jetzigen Zeit bestimmt nicht außergewöhnlich, aber dennoch erwähnenswert. Vor allen Dingen, weil sich die belgische Polizei anscheinend schon gezwungen sieht, bundesdeutsche Methoden zu imitieren, ja sogar als ausführendes Organ der westdeutschen Administration aufzutreten. Der einzige Beweggrund war eine von der deutschen Polizei (Kripo ?, Verfassungsschutz ?) über Interpol vermittelte Aufforderung zur Hausdurchsuchung. Wir nahmen während der Razzia unhöflicherweise Einblick in die Unterlagen!

Wir schicken euch also den Artikel zur Veröffentlichung. Da wir annehmen, daß ihr von derartigen Mitteilungen überhäuft werdet, könnt ihr sie vielleicht trotzdem für einen Gesamtartikel oder für irgendwelche Statistiken gebrauchen. Auf alle Fälle:jedes Wort im Artikel entspricht der Wahrheit

"HALTEN SIE VIELLEICHT HERRN SCHLEYER VERSTECKT? "

fragte ein ordentlich zivil gekleideter Kripobeamter. Uns, drei Männer und eine Frau, fiel leider keine ordentliche Antwort ein, denn was nützt es, nun "nein" zu sagen?

Leben wir doch seit mehr als vier Jahren mehr bürgerlich als schlecht in Belgien, heimisch und vertraut, oft mit unseren Gastgebern über polizeistaatliche Ausfallerscheinungen von drüben lächelnd, so ergeben sich nun für uns neue Fragestellungen: Wo kann man sich denn jetzt noch vor dem'Modell Deutschland' in Sicherheit bringen?

Der korrekte Beamte hatte nämlich zur Bekräftigung seiner Frage gleich drei Mannschaftswagen inklusive Besatzung mitgebracht. Aber eine Hoffnung bleibt noch: Noch reicht es nicht, nur Student zu sein und sich zu viert eine Küche zu teilen, noch benötigt man einen Möchte–Gern–Denunzianten. Folgendes war geschehen:

Vor zwei Monaten war in Deutschland jemand auf unser Auto gefahren. Selbiger wurde von der Polizei belangt und die ganze Angelegenheit wäre ein Versicherungsfall geblieben, wenn nicht die Ordnungshüter darauf bestanden hätten, daß unser belgisches Auto nicht in Deutschland stehen bleiben dürfe. Also verdiente ein Abschleppunternehmer (vom ADAC empfohlen), denn der Wagen war fahruntüchtig. Der Unternehmer ging danach zur Polizei, weil ihm verdächtig war, daß die Adressaten (laut Interpol " mehrere unordentliche und langhaarige Männer und Frauen") die unverschämten 700 DM in bar bezahlen konnten.

Also suchte die belgische Polizei in Kleiderschränken, Kaninchenboxen und der Gefriertruhe nach Herrn Schleyer. Leider , wie die Sache selber, ist dies kein Ulk. Die belgischen Beamten waren sehr höflich, freuten sich über geschmuggeltes deutsches Bier und stellten nebenbei sehr, sehr viele "nette" Fragen. Ob sie sich die Mühe machen werden, unsere sehr, sehr vielen Antworten zu kontrollieren?

Hornhaus (noch Belgien)"

ERKLÄRUNG ZU FESTNAHMEN IN HOLLAND

BOCHUM
6. Oktober

"Beim Grenzübertritt, am Montag, den 3.10., wurde der Holländer Fransiscus Souren von der Niederländischen Polizei festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, an der Schießerei in Den Haag und Utrecht beteiligt gewesen zu sein.

Wie schon im Rundfunk am Samstag, den 24.9. im Morgenmagazin und im Mittagsmagazin, wurde auch am Samstag, Sonntag und Montag in fast allen Zeitungen in der BRD behauptet, die Genossen Dieter Salewski, Ursula Rothe und der Holländer Fransiscu Souren, irrtümlich als Fransisca Souren benannt, waren an der Schießerei in Utrecht, wo Knut Folkerts festgenommen wurde, beteiligt gewesen. Dabei bezogen sich die meisten Zeitungen auf holländische Berichte, besonders auf die Zeitung "De Telegraaf", einige Zeitungen, darunter die Frankfurter Rundschau, stellten die Beschuldigung als Tatsache hin; zusätzlich wurde behauptet, nach den Personen würde gefahndet.

Beide Angaben sind falsch. Nach Rückfrage beim Bundeskriminalamt liegt kein Haftbefehl in der BRD vor. Die Behauptung, die Personen wären bei der Schießerei in Utrecht und Den Haag beteiligt gewesen, ist absolut unhaltbar, weil die Zwei Deutschen zu der Zeit nachweislich sich nicht in den Niederlanden aufgehalten haben und F. Souren für Den

Haag und Utrecht ein Alibi hat.

Die Berichte in Rundfunk und Zeitungen haben lediglich die Ursache, daß die Genossen bei einem Wochenendaufenthalt in Holland am 17./18.9. bei der Einreise als auch bei Ausreise genauestens gefilzt wurden, das Auto durchsucht wurde, Personalausweise, Führerschein und KFZ—Papiere gründlichst überprüft wurden. Bei diesen Durchsuchungen wurde nichts gefunden.

Da es bei U. Rothe sehr wahrscheinlich ist, daß sie unter "Beobachtender Fahnung" (BeFa) steht, kann davon ausgegangen werden, daß die Grenzübertritte der Genossen sicher vermerkt worden sind.

Warum gerade die Genossen?

Dem Staatsschutz ist bekannt, daß die deutschen Genossen politisch tätig sind, sich für politische Gefangene in der BRD einsetzen. U. Rothe hat auch Besuche bei Gefangenen gemacht. Alle Versuche jedoch, sich heute noch für die politischen Gefangenen einzusetzen, die Situation im Gefängnis öffentlich zu machen, für eine Änderung der Haftbedingungen tätig zu sein, wird kriminalisiert. Allein aus diesem Grund wurden bei U. Rothe und anderen Hausdurchsuchungen durchgeführt, erkennungsdienstliche Behandlung gemacht und sehr wahrscheinlich BeFa angeordnet, d.h. die Genossen werden verstärkt observiert, Telephone abgehört und die Post überprüft.

F. Souren wurde wahrscheinlich dadurch verdächtig, daß er bei den beiden deutschen Genossen im Auto saß und häufig über die Grenze ging, um seine deutsche Freundin zu besuchen. Schon bei diesen Grenzübertritten wurde er mehrmals genauestens vom deutschen Grenzschutz durchsucht. Wir glauben, daß auch in Holland das "Modell Deutschland" immer mehr Anwendung findet. Allein schon die oben angeführten Tatsachen reichen aus, um in Holland jemand zu verhaften und bisher 4 Tage festzuhalten.

Offensichtlich braucht die Polizei Fahndungserfolge und verdächtigt deshalb jeden, von dem sie annehmen, daß er sich für politische Gefangene in der BRD und anderswo einsetzt.

6.10.1977

Am 7.10. wurde Frans S. freigelassen. Die holländische Polizei bestätigte das Alibi von ihm. Was eigentlich innerhalb von einigen Stunden nachzuweisen war, dafür brauchte die holländische Polizei vier Tage. Die Fragen richteten sich nicht allein auf sein Alibi, sondern auch auf Informationen über die RAF und linke Gruppen in Holland und in der BRD, wovon Frans S. nicht mehr weiß, als in den Zeitungen bekannt ist. Diese Fragen hatten nichts mit dem Fall Den Haag zu tun."

DEUTSCH—FRANZÖSISCHE FREUNDSCHAFT WIRD IMMER INTENSIVER....

PARIS
21.September

Brief von Arno Münster aus Paris:

„Es scheint, daß das allgemeine durch die verstärkte Hexenjagd auf Linke und immer unverhohlenere Drohungen gegen die sogenannte ‚Sympathisantenszene', Rufe nach der Todesstrafe und einem starken Polizeistaat etc. gekennzeichnete politische Klima in der BRD nach der Schleyer-Entführung sowie die Versuche der herrschenden Klasse in der BRD, auch die Organe des befreundeten westlichen Auslands bei der neu eingeleiteten Hexenjagd kollaborationswilliger zu stimmen, inzwischen auch hier schon sich auszuwirken beginnt.
So bekam ich z.B. vor 2 Tagen, am Montag, den 19.September unerwarteten Besuch von der Polizei. Es war gegen 16.30 Uhr, als es an meiner Pariser Wohnungstür läutete und plötzlich 2 Herren in Zivil, die sich mit entsprechenden Kennmarken als Angehörige der politischen Polizei Frankreichs auswiesen, bei mir Eintritt begehrten und mich einem kurzen Verhör unterzogen. Die Herren wollten wissen, ob ich Klaus Croissant kenne, wo er wohne, sich versteckt halte etc. Nachdem ich auf all diese Fragen erwidert hatte, daß ich den gesuchten Anwalt persönlich nicht kenne, mir sein Name lediglich aus der Presse bekannt sei und ich darüber auch nicht mehr wüßte als der normale Zeitungsleser, trollten sie sich wieder davon. Ich habe jedoch den Eindruck, daß seitdem meine Wohnung überwacht wird, und zwar von Beamten der politischen Polizei, die in unauffällig geparkten Autos den Hauseingang regelmäßig überwachen. Auch wird mein Telefon wohl regelmäßig abgehört. Vermutlich wird es daher wohl nicht mehr lange dauern, bis man auch bei mir eine Hausdurchsuchung machen wird, was nur im Zuge der Amtshilfe auf ein entsprechendes Gesuch der deutschen Behörden hin erfolgen könnte.

Das plötzliche Auftauchen der Polizei in dieser hochpolitischen und gefährlichen Angelegenheit kann ich mir nur so erklären, daß durch die Veröffentlichung meines Briefes in ‚Le Monde' vom 15.September, in dem ich u.a. die hysterischen Reaktionen der westdeutschen Presse auf die Reaktionen des Auslands (v.a. der französischen Presse und des französischen Rundfunks) nach der Ausstrahlung des Croissant-Interviews im 2. französischen Fernsehprogramm kritisiert hatte, von Seiten der deutschen Behörden, die das Verhalten der französischen Presse scharf kritisiert haben, der Versuch unternommen wurde, diesen Brief und seine inhaltlichen Aussagen (mit seiner Kritik an den Zensurpraktiken der westdeutschen Presse, an der verleumderischen Pressekampagne gegen Sartre nach seinem Besuch in Stammheim etc.) als Zeichen meiner evtl. Zugehörigkeit zur sogenannten ‚Sympathisantenszene' zu werten. Zumindest aber sind höchstwahrscheinlich Mutmassungen von Seiten der mit der Verfolgung befassten deutschen Behörden in dieser Richtung angestellt worden mit der Folge, daß — wahrscheinlich über Interpol — die französische Polizei von westdeutscher Seite her aufgefordert wurde, bei mir doch einmal vorbeizusehen. Ein anderer Grund könnte evtl. sein, daß Verfassungsschutz und politische Polizei der BRD inzwischen in Erfahrung gebracht haben, daß ich auch für das Russell-Tribunal tätig bin und u.a. dabei eine Gutachterfunktion über die Repression im Medienbereich im Rahmen der Untersuchung über die Repression in der BRD, die Gegenstand des nächsten Russell-Tribunals sein wird, innehabe.

Diese Vermutung meinerseits wurde dadurch bestätigt, daß im Pariser Goethe-Institut inoffiziell das Gerücht verbreitet wurde, ich sei in Deutschland wohl von der Polizei gesucht, was eine absolute Erfindung ist. Aber wer weiß!? Vielleicht will man dadurch nur zum Ausdruck geben, daß gewisse kritische Stellungnahmen in der Öffentlichkeit über die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik, die dem offiziellen Tenor der Herrschenden nicht entsprechen bzw. ihnen ein Dorn im Auge sind, in Zukunft gefährlich werden könnten. Das würde ja sehr gut in das allgemeine Klima des verstärkten Drucks auf kritische Intellektuelle , der jetzt in der BRD ein Ausmaß angenommen hat, wie noch nie zuvor, passen.

SOLIDARITÄT MIT HEINRICH BÖLL

DORTMUND,
Oktober 1977

In Dortmund ist eine Initiative "Solidarität mit Heinrich Böll" entstanden, die eine Unterschriftenaktion machen will. Sie schreibt in einem Brief an uns:

"Liebe Freunde,

Warum es notwendig ist, Heinrich Böll zu unterstützen, brauchen wir Euch nicht weiter zu erklären. Ebenso wenig,

warum es notwendig ist, mit möglichst vielen darüber zu reden, welche reaktionäre Gefahr hinter der vordergründigen Terrorismus-Abwehr einiger Machteliten lauert.

Der beiliegende Solidaritätsbrief an Heinrich Böll soll beides bewirken: er soll Anlaß zu Diskussion und Gegenöffentlichkeit sein; er soll zugleich dem Adressaten — beispielhaft bedrängt — beispielhaft zeigen, daß wir uns das nicht gefallen lassen.

Wir — dahinter verbirgt sich keine Organisation, nicht einmal eine größer angelegte Initiative. Dahinter verbirgt sich überhaupt niemand. Wir, das sind alle diejenigen, die diesen Brief unterschreiben und an Heinrich Böll schicken.

Unser Vorschlag:

Vervielfältigt diesen Brief, so oft es Euch sinnvoll erscheint, und verbreitet ihn in Eurem eigenen Wirkungsbereich: Familie, Nachbarschaft, Gewerkschaftssitzung, Schule, Anwaltsverein, Kantine, Gottesdienst, Uni-Seminar, Arbeitsplatz, Stammkneipe, Schwimmverein... Ihr wißt doch selbst am besten, wo Ihr Euch aufhaltet. Wichtig ist eben ein bißchen Phantasie und das Bewußtsein, daß morgen schon jedem von uns in seinen unmittelbaren Arbeits- und Lebenszusammenhängen die Heinrich-Böll-Rolle zufallen kann, das unheimliche Stigma des Sympathisanten, die soziale Ausbürgerung.

Jeder, dem Ihr ein Briefexemplar gebt, soll es an Heinrich Böll schicken, sobald er den Eindruck hat, daß er die Unterschriften zusammen hat, die er bekommen konnte. Heinrich Böll wird sich über jede Unterschrift freuen. Wenn es außerdem ganz viele werden, kann er sie auch öffentlich verwenden.

Wir hoffen, Ihr laßt Euch was einfallen."

Der Brief an Heinrich Böll lautet:

"Lieber Heinrich Böll,

mit Empörung und wachsender Besorgnis müssen wir die widerliche und politisch höchst gefährliche Diffamierungskampagne gegen Sie und andere Schriftsteller, gegen kritische Professoren, Journalisten und Politiker miterleben. Vor allem die CDU, unterstützt von weiten Teilen der Presse, versucht damit, demokratische Kritik und auf die Verwirklichung der Menschenrechte gerichtetes Denken in die geistige Nähe des Terrorismus zu drängen.

Neben Luise Rinser und Günter Grass, neben Helmut Gollwitzer und Willy Brandt sind besonders Sie in die (Ab—) Schußlinie geraten. Nicht zuletzt dafür, daß Sie mit Ihrem Schaffen nach der faschistischen Epoche ein "anderes Deutschland" repräsentiert haben, ist Ihnen vor einigen Jahren der Nobelpreis verliehen worden. Heute müssen wir lesen, daß die ZEITUNG Sie in millionenfacher Auflage auffordern kann, dieses Land zu verlassen. Dieser bislang offenste Aufruf, Sie auszubürgern, ist für uns mehr als ein Zeichen des politischen Sittenverfalls. Für uns verdeutlicht diese Hetze, wie schmal der Lebensraum für Demokraten in diesem Deutschland wieder geworden ist.

Von Spitzenvertretern aus dem gewerkschaftlichen, politischen und kirchlichen Bereich erwarten wir endlich eindeutige Stellungnahmen gegen diese Hatzjagd auf aktive Demokraten, gegen diesen schleichenden Terror von rechts.

Ihnen, Herr Böll, wünschen wir das notwendige Durchstehvermögen und versichern Sie unserer Unterstützung.

Mit solidarischen Grüßen!"

Kontaktadresse: Marion Eichstädt und Rainer Duhm
Schlagbaumstr. 31
4600 Dortmund 41

JURYMITGLIEDER DES RUSSELL-TRIBUNALS TRAFEN SICH

Bonn 17.Oktober — Am Montag den 17. Oktober sollten auf einer Pressekonferenz in Bonn die Mitglieder der Jury des Russell-Tribunals über die Situation in der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt werden, dazu die Untersuchungsbereiche, die behandelt werden sollten. Diese Vorstellung wurde jedoch wegen der Entführungen verschoben. Dazu gab es eine Erklärung der Jury, des vorläufigen Sekretariats und des Mitglieds des Präsidiums der Russell Foundation, Chris Farley. Äußerungen, u.a. des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, der Name von Bertrand Russell werde mißbraucht, wies die Witwe, Lady Edith Russell in einem Brief zurück.
Die Jungdemokraten zogen ihre Unterstützung zurück und machten sich mit ihrer Begründung zum Fall: eine zusätzliche Repression wegen der Unterstützung des Tribunals, so steht's sinngemäß in einer Erklärung,könne nicht getragen werden.Die Jusos haben sich nicht distanziert,da war die Frankfurter Ru ndschau voreilig,sie haben in ihrer etwas hastigen Presseerklärung Bedenken angemeldet,zum Zeitpunkt, da die Flugzeugentführung alle in Atem hielt eine solche politisch wichtige Veranstaltung zu eröffnen.

ERKLÄRUNG FÜR DIE PRESSEKONFERENZ

..Vom 14. bis zum 16. Oktober haben sich zur Vorbereitung des geplanten Russell-Tribunals über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik, Mitglieder der Jury in Darmstadt getroffen.
Sie drücken ihr Mitgefühl mit all denjenigen aus,die unter den gegenwärtigen Ereignissen und ihren Folgen leiden müssen. Unter den gegebenen Umständen geben sie zur Zeit lediglich die folgende Erklärung ab:

Bereits vor längerer Zeit wurde ein Russell Tribunal geplant, das die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere im Hinblik auf deren bedeutende Rolle für Westeuropa und die übrige Welt untersuchen soll.
Wir sind der Meinung,daß gerade auch angesichts der aktuellen erschreckenden Ereignisse eine nüchterne und objektive Untersuchung der Entwicklung der Menschenrechtssituation in der Bundesrepublik dazu beitragen kann,einer weiteren Eskalation entgegen zu wirken und daß aus diesem Grunde die Durchführung des Tribunals dringender den je ist.
Das Russell Tribunal wird seine erste öffentliche Sitzung in der Woche nach Ostern 1978 abhalten.
Eine ausführlich Erklärung über die Untersuchungsbereiche des Tribunals wird ebenso wie die Liste der Jury Mitglieder in kürze auf einer besonderen Pressekonferenz veröffentlicht werden."

STELLUNGNAHME VON LADY EDITH RUSSELL,FRAU DES VERSTORBENEN BERTRAND RUSSELL

"Das Russell Tribunal,das zur Zeit vorbereitet wird,soll Beweismaterialien über mögliche Menschenrechtsverletzungen wie die Berufsverbote und ähnliche Maßnahmen untersuchen.
Da bekannte Personen in der Bundesrepublik,die mit meinem Mann allerdings nie zu tun hatten,behauptet haben,daß Bertrand Russell selbst,wäre er noch am Leben,diese geplante Untersuchung vielleicht nicht gutgeheißen hätte,möchte ich

folgendes feststellen: Während seiner letzten Jahre hat er sich bis zur Grenze seiner Kräfte für die Verteidigung der Menschenrechte im Osten, im Westen und in neutralen Ländern eingesetzt. Seine scharfe Kritik am Mc Carthyismus in den USA ist hinreichend bekannt. Seine kritische Haltung hierzu war so ausgeprägt, daß er sie sogar in seiner Rede anläßlich der Entgegennahme des Nobel-Preises zum Ausdruck brachte.
Die Frage, ob in der Bundesrepublik heute ähnliche Praktiken wie im damilgen Amerika festzustellen sind, ist ein Untersuchungsgegenstand des Tribunals. Daß Bertrand Russell eine solche Untersuchung gewünscht hätte, eine Untersuchung, so fair und gründlich wie irgend möglich, wird von niemandem angezweifelt, der ihn kannte.

ANTIFASCHISTISCHE VERANSTALTUNG GEPLANT

NÜRNBERG
Oktober 1977

Der Antifaschistische Arbeitskreis aus Nürnberg (siehe ID 197) hat eine Kampagne gegen die faschistische Wehrsport gruppe Hoffmann gegründet, die sich "Hoffmann hinter Gitter - Auflösung der Wehrsportgruppe" nennt. Die Aktionseinheit schreibt:

"Liebe Freunde, liebe Antifaschisten!

Wie ihr sicher wißt, wurde im August in Nürnberg, anläßlich eines sog. "Ausschwitz-Kongresses" der neonazistischen Organisation "Kampfbund Deutscher Soldaten" eine Antifaschistische Aktionseinheit gegen diesen Kongreß gebildet. Nach der Verhinderung dieser faschistischen Provokation waren wir einhellig der Meinung, daß diese Aktionseinheit keine Eintagsfliege bleiben darf. Die Angst vor der Hoffmann-Schlägertruppe darf uns nicht daran hindern, daß wir gegen diesen Hoffmann schleunigst aktiv werden. Wir rufen deshalb zu einer Aktionseinheit gegen Hoffmann und seine Wehrsportgruppe auf.

Hoffmann lockt mit Sprüchen wie "Wenn du Härtetraining statt Gammelei, sportliche Leistungen statt Politschwätzerei ... suchst, dann komm zu uns in die Wehrsportgruppe." Und er findet Zulauf, nicht zuletzt durch arbeitslose Jugendliche, "deren Leben er Inhalt gibt".

Vieles mehr, wie von Schlägereinsätzen der Wehrsportgruppe z.B. in Tübingen gegen aufrechte Demokraten, die gegen eine Rhodesienveranstaltung des rechtsradikalen "Hochschulring Tübinger Studenten" protestierten und mannigfaltige Aussprüche ("Hitler war genial") wäre von Hoffmann und seiner Truppe zu berichten.

Wir, die Antifaschistische Aktionseinheit „Gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann" meinen, diesem Treiben dürfen wir nicht mehr länger zusehen! Wir werden deshalb eine Broschüre erstellen, die genaue Auskunft über Hoffmann und seine politischen Vorstellungen (anhand von Zitaten) , die Aktivitäten seiner Wehrsportgruppe, die Verbindungen zu anderen Neonazis und soweit möglich über Finanzierung und Duldung bzw. Unterstützung durch STaatsorgane gibt.

Desweiteren werden wir am 25. November in Nürnberg eine tribunalartige Veranstaltung zu Hoffmann machen. Zu dieser VEranstaltung wollen wir über die Grenzen Nürnbergs hinaus mobilisieren und bieten euch deshalb an, an eurem Ort eine entsprechende Veranstaltung zu machen, die wir mit kurzen Redebeiträgen, einem Kulturprogramm (antifaschistische Lieder und ev. Theater) und ev. Film inhaltlich vorbereiten und bei euch durchführen. Ihr müßt die org. Vorbereitung (Raum, Werbung) übernehmen.

Bitte teilt uns umgehend mit, ob dies euch möglich sit und macht uns entsprechende Terminvorschläge. Falls dies nicht geht, würden wir euch bitten, die "Anti-Hoffmann—Broschüre" zu vertreiben und für die Veranstaltung am 25.11. zu mobilisieren. In der Hoffnung baldigst von euch zu hören

antifaschistische Grüße"

Kontaktadresse: Antifaschistische Aktionseinheit
c/o Lioba Dicke,
Postfach 150473
85 Nürnberg

BETRIFFT : BRAUWEILER

KÖLN,
Oktober 77

Dem Kölner Volksblatt vom 10. Oktober 1977 haben wir den folgenden Bericht entnommen. Die "Initiative gegen Verbrechen in Landeskrankenhäusern", die hier zwei Betroffene zu Wort kommen läßt, hatte sich gegründet um gegen die Repression in den Landeskrankenhäusern, vorzugehen, die dem Landschafts - verband Rheinland unterstehen siehe ID 197). Sie sammelt weiter Material und bittet um Mithilfe:

Es war nicht mehr auszuhalten

Ich heiße: W.M., wohne im Kölner Landbezirk in einer Dreizimmerwohnung, habe 5 Kinder, habe früh geheiratet und bin von Beruf kaufm. Angestellter.

Ich heiße: E.O., wohne in einem Kölner Vorort in einer Dreizimmerwohnung, keine Kinder, seit Dezember 1976 verheiratet: Ich bin seit April 1977 krankgeschrieben.

Durch meine Arbeitslosigkeit habe ich mehr als normal getrunken. Da ich wissen wollte, ob ich alkoholsüchtig bin oder nicht, ließ ich mich in das Landeskrankenhaus Brauweiler freiwillig einweisen.

Ich kam im Juli 1977 nach beruflichen Schwierigkeiten, nachdem ich einen Selbstmordversuch hinter mir hatte, in das Landeskrankenhaus Brauweiler mit der offiziellen Diagnose "Verdacht auf Tablettenmißbrauch (Sucht)", was aber eine Fehldiagnose war.

Wir lernten uns im Landeskrankenhaus Brauweiler auf der Station '1 und 2 kennen. Wir waren zwischen 3 und 6 Wochen auf dieser Station. Bei einem von uns hat sich erst 2 Tage nach der Aufnahme bei einer normalen Visite eine Ärztin vorgestellt, vorher war keine ärztliche Versorgung da. Ich wurde aber direkt nach der Aufnahme aufgefordert, am nächsten Morgen um 1/2 6 Uhr aufzustehen, um in der Küche zu arbeiten.
Im anderen Fall war am Tag der Einlieferung eine kurze Vorstellung bei der Ärztin von einigen Minuten Dauer — sie kannte noch nicht einmal die offizielle Einweisungsdiagnose. Kurz darauf mußte auch er in der Küche mitarbeiten, wo wir dann zusammen die Küche geleitet haben. Die Küche war zuständig für ca. 70 Personen bei 3 Mahlzeiten. Bevor wir aufgefordert worden sind, in der Küche zu arbeiten, wurden wir nicht ge-

fragt, ob wir körperlich gesund sind und keine Krankheiten hätten. Auch wurden wir vorher nicht untersicht
hätten. Auch wurden wir vorher nicht untersucht, was normalerweise vom Gesundheitsamt vorgeschrieben ist.

Die Räumlichkeiten

Wir haben festgestellt, daß in sämtlichen Häusern der sogenannten Anstalt Kranke, die in der Küche arbeiten, kein Gesundheitszeugnis haben und auch nicht auf ansteckende Krankheiten untersucht wurden. Auf unserer Station half einer mit das Geschirr zu spülen, der Syphillis im Endstadium und körperlichen Ausschlag hatte. Als wir gewahr wurden, was mit ihm los war, haben wir sofort das komplette Geschirr gründlich gereinigt und haben diesen Mann auf eigene Verantwortung nicht mehr in die Küche gelassen. Ansonsten hätten wir in der Küche nicht mehr gearbeitet und auch kein Essen mehr dort angefaßt.

Die Räumlichkeiten auf beiden Stationen waren so aufgeteilt, daß es einen Aufenthaltsraum für beide Stationen gab. Auf den einzelnen Zimmern waren jeweils 4 Betten, und für jedes Bett ein Nachtschränkchen und ein Spind. Diese Sachen waren aber von anno dazumal. In den Zimmern war kein Bild, kein Stuhl, kein Tisch vorhanden, sodaß man gezwungen war, seine Kleidungsstücke nachts unters Bett zu werfen.
Es waren jederzeit alle Außentüren und Fenster geschlossen bzw. mit ausbruchsicherem Glas versehen. Eine Klimaanlage ist in diesem Haus nicht vorhanden.

Wir können bestätigen, daß die Toiletten vom Reinigungspersonal nicht gereinigt wurden. Nach mehrmaligen Anfragen von Patienten, ist ihnen gesagt worden, daß das Pflege- und Reinigungspersonal damit nichts zu tun hätte und die Patienten ihre Toiletten selbst sauber machen sollten. Kann man so etwas von Kranken verlangen?
Ärztliche Versorgung war nachmittags, nachts und am Wochenende nicht vorhanden. Den Chef- oder Oberarzt haben wir niemals gesehen. Wir haben beobachtet, daß Frau Dr. Satow und Frau Dr. Ebele bei ca. 40 Patienten auf Abteilung M 1 in einem viertelstündigen Durchgang ihre Visite montags und donnerstags absolvierten.

Wenn einer in den Aufenthaltsraum gebrochen hatte, mußte er das selbst wegmachen oder es blieb tagelang dort liegen, wie wir es selbst miterlebt haben.

Wenn wir Besuch bekamen, war die Besuchertoilette in der ganzen Zeit , wo wir da waren, nie sauber. Ferner hing nie ein sauberes Handtuch dort. Darüberhinaus war diese Toilette immer abgeschlossen, bis die Besucher zum Pflegepersonal gingen und baten, die Toilette aufzuschließen.

Wir bekamen für unsere Küchenarbeit pro Tag 2.-- DM, und arbeiteten dafür ca. 14 Stunden täglich. Wir mußten samstags und sonntags putzen und die Pfleger und Putzfrauen mitverpflegen, damit sie das Geld für die Kantine sparen konnten. Manche nahmen sich auch Essen mit nach Hause. Es gab nur sonntags Butter, ansonsten gab es nur wässerige Margarine, wo 12 Personen mit 500 g auskommen mußten. Kaffee gab es nur einmal in der Woche, und zwar sonntags, und dann nur 5 g. Sonst gab es morgens und abends 4 Löffel Kaffee-Ersatz auf 10 l Wasser für alle Patienten. Nachts stellten wir eine Kanne von diesem Gesöff in den Aufenthaltsraum, damit die Mitgefangenen nebenbei auch etwas zu trinken hatten. In diesem Behälter war manchmal mehr Urin als andere Flüssigkeiten.

Dennoch wurde uns immer wieder aufgetragen, diese Kanne zum Trinken dort aufzustellen.
Eine Speisekarte wurde uns zwar gegeben. Wir durften diese aber nicht weiterzeigen, da diese keiner von den Patienten sehen sollte, weil die Speisekarte nie eingehalten wurde und immer weniger ausgegeben wurde, als da drauf stand. Zum Beispiel frisches Obst, was auf der Speisekarte als Nachtisch stand, war so gut wie nie vorhanden.

Zum Sport

Der Landschaftsverband rühmt sich immer, daß er für die Kranken Beschäftigung hat, aber wir haben das Gegenteil erfahren. Es wurden weder Sport- noch Bastelarbeiten gemacht, da

1. kein Material für Bastelarbeiten vorhanden war und
2. die Pfleger keine Lust und keine Zeit hatten, die Patienten dabei zu beobachtn und mitzuhelfen und
3. die sportlichen Veranstaltungen niemals durchgeführt werden konnten, da die Pfleger zu faul waren, uns zum Sportplatz hinzubringen. Und wir, obwohl wir freiwillig dort waren, konnten ohne Begleitung eines Pflegers unsere Station nicht verlassen.

Manche Patienten waren nur da, damit sie von zu Hause weg kamen, so daß die Kinder und Erben frei an ihr Geld herankamen. Deswegen wurde z.B. ein Kölner Möbelhausbesitzer (mehrfacher Millionär) dort hingesteckt, obwohl man für dasselbe Geld gut und gerne 2 Pfleger, einen für nachts und einen für tagsüber hätte anstellen können, und der Patient sich dann zu Hause wohlfühlen würde.
Der Landschaftsverband kassiert von den Krankenkassen, Sozialämtern usw. pro Patient zwischen 1.950,- DM und 2.350,- DM im Monat, und das bei diesen Zuständen. Wir sind nach guten Rechnereien dazu gekommen, daß die Hälfte davon zu viel bezahlt ist. Von dieser monatlichen Summe könnte man getrost in Mallorca in einem Hotel leben.

Arbeitsanstalt Brauweiler

Einige Handtücher im Krankenhaus Brauweiler sind mit der Aufschrift „Arbeitsanstalt Brauweiler" versehen. (Unter den Nazis war Brauweiler eine „Arbeitsanstalt".) Das sogenannte Pflegepersonal besteht teilweise aus denselben Leuten, die damals im Arbeitslager Brauweiler als Aufseher beschäftigt waren. Diese wurden nur durch einen Schnellkurs zum Pflegeperso

Diese wurden nur duch einen Schnellkurs zum Pflegehilfspersonal ausgebildet. Teilweise tragen diese Leute noch heute ihre Schlagstöcke von damals und ihre Arroganz und Hochnäsigkeit den Patienten gegenüber mit sich. Das haben wir selbst festgestellt: Wir wurden von dem Pflegepersonal und der Ärztin fast immer in der dritten Person angesprochen, aber nur nötigenfalls. Untereinander sprachen sie sich nur mit Du an und machten dumme Witze über uns. Kaffeetrinken war ihnen wichtiger - besonders der Ärztin und der Psychologin - als die Anhörung eines Patienten.

Falls man der Ärztin oder Psychologin etwas mitteilen wollte, wurde einem gesagt, entweder ganz kurz oder gar nicht, so daß einem von vorneherein die Lust verging, mit diesen Gefängnisaufsehern zu sprechen. Die einzige vernünftige Person in Brauweiler ist eine Sozialarbeiterin (Frau Wirtz), die sich aber auch wirklich der persönlichen Probleme der Betroffenen annimmt, und auch manchmal etwas bei den Oberaufsehern erreicht, aber leider nicht so viel, daß diese Zustände aufhören.

Nachdem einer von uns drei Tage lang schwere Kopfschmerzen hatte und wegen diesen Kopfschmerzen weder Nahrung noch Flüssigkeit zu sich nehmen konnte, und er daraufhin die Ärztin ansprach, antwortete diese, sie sind tablettensüchtig, sie bekommen keine Tablette, obwohl er nie nach einer Tablette verlangt hatte, sondern nur nach einer Untersuchung. Daraufhin hatte er endgültig die Schnauze voll von diesem Laden, und ließ sich seine Entlassungspapiere geben. Am nächsten Tag sorgte die Krankenkasse dafür, daß er in ein vernünftiges Kran-

kenhaus eingeliefert wurde, damit er wieder aufgepäppelt wurde, was auch danach sehr rasch eintraf. Inzwischen ist er ohne weitere ärztliche Versorgung wieder so weit hergestellt, daß er gesund geschrieben ist, das erstemal in seinem Club Fußball gespielt hat und mehr darauf vertraut: „hilf dir selbst, dann hilft dir Gott", und nicht auf solche geldgierige Einrichtungen.

Der andere hat am nächsten Tag den Aufenthalt im Landeskrankenhaus Brauweiler ebenfalls abgebrochen, da, wie schon im allgemeinen gesagt, dieses System und diese mißliche Lage, was sich Landeskrankenhaus nennt, nichts mit einer Heiltherapie zu tun hat.

Wir hoffen, daß dieses Gefängnis bald nicht mehr so existiert, wie zur Zeit noch, sondern daß alle anderen Patienten bald so behandelt werden wie Menschen, und nicht mehr wie Tiere. Denn diese Anstalt ist genauso schlimm und arbeitet mit denselben Mitteln (Tabletten) wie die Irrenanstalten der Sowjetunion, wo in Funk und Presse soviel darüber berichtet wird.

Nach seiner Entlassung bekam der Hausarzt des einen eine Diagnose der Brauweiler Ärztin zugeschickt. Da sie den Patienten so gut wie nie untersucht hatte, stellte sie eine Fehldiagnose. Der Betreffende ist zwischenzeitlich bei einer Einkaufskette als Filialleiter tätig, wo diese Fehldiagnose ihm später schwere berufliche Schäden einbringen könnte.

Falls jemand Interesse hat, diese Mißstände zu beseitigen, oder selbst mal von Brauweiler betroffen war, kann er uns über das Kölner VolksBlatt, Kennwort „Brauweiler" erreichen.

Kontaktadressen: Kölner VolksBlatt, Palmstr. 17, 5 Köln 1

Initiative gegen Verbrechen in Landeskrankenhäusern, Beschwerdezentrum, Liebigstr. 25, 5 Köln, Tel.: 55 61 89

ZWANGSARBEIT IM KNAST

OSSENDORF 17. Oktober *Die Knastgruppe Ossendorf schickte uns den Bericht eines in der JVA Remscheid Internierten:*

Diese VA gibt sich den Anstrich eines 'B-Vollzugs'. Worin der Unterschied zu einem geschlossenen C-Vollzug besteht, läßt sich an sich nur mit einem Satz beantworten: Behandlungsvollzug = totale Ausbeutung der Arbeitskraft mit Mitteln psychologischer Unterdrückung.
Der Großteil aller Internierten in diesem Arbeitshaus ist 'beschäftigt'. Die Beschäftigung wird durch eine große Palette von diversen Disziplinierungsmaßnahmen durch die Anstaltsleitung 'gefördert'.
Als Mittel zur Disziplinierung bieten sich an:1. Sperre von Umschluß, Freizeit, Einkauf; 2. Streichung von Radio- und Bastelgenehmigungen und 3. natürlich auch Bunker.
Der Großteil der hier 'angebotenen' Arbeitsplätze werden nach Akkord 'entlohnt', d.h. für eine bestimmte Menge wird eine bestimmte Fertigungszeit vorgegeben und die Abrechnung erfolgt nach Minuten. Höchstbezahlung für 1 (eine) Minute = 1,02 Pfg. Eigenbetriebe hat diese Anstalt kaum, sie verhökert ihre Schutzbefohlenen an 'Fremdbetriebe', die in einem separaten Arbeitsgebäude untergebracht sind.
Außer den Firmen Schmittenberg, Scharwächter und Braun ist der größte Sklavenhändler und Treiber die Fa. Reinshagen-Wuppertal, welche hier eine richtige Niederlassung aufgebaut hat. Dieser Betrieb fertigt hier Kabel, vom Zuschneiden, über Löt- und Zinnarbeiten bis zur Endmontage und Kontrolle.
Es handelt sich um Fließbandarbeit in der krassesten, stupidesten Form. Diese Art der ‚Arbeitstherapie' erzieht (?) die Inhaftierten zu lebensuntüchtigen Robotern.
Um eine bessere Ausbeutung garantieren zu können, fährt diese Firma auch Doppelschichten, deren Aufnahme 'freiwillig' ist. Damit der Gefangene auch gerne freiwillig diese Belastung auf sich nimmt, bietet man ihm einige 'Vergünstigungen', wie: etwas Tabak (wenn er alleine an einer Maschine arbeitet, an der normal 2 Leute stehen müßten), etwas warmes Kantinenessen (wenn er Spätschicht drückt). Diese 'Freiwilligkeit' wird auch dadurch gefördert, daß er unter permanentem Druck steht, durch die Anstaltsleitung, die es nicht an Hinweisen fehlen läßt: wenn du fleißig bist, dann ... Einkauf ... Urlaub ... 2/3 ... . pp.
Die Beschickung der einzelnen Fremdbetriebe wird durch die Arbeitsverwaltung organisiert. Diese ist nur an der laufenden Bestückung der Maschinen interessiert, nicht an Neigungen des Internierten, nicht an dessen beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten, auch nicht daran, ob der Gefangene überhaupt in der Lage ist, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten. Selbst Rentner werden eingeteilt und sollte ein solcher Schwierigkeiten bereiten, so wird die Arbeitsfähigkeit schnellstens von der Anstaltsärztin bescheinigt. Die Anstaltsärztin - Frau Dr. Sause/Kinderärztin - zeichnet sich besonders dadurch aus, daß sie sich im Verteilen von Medikamenten großzügig zeigt, jedoch nicht in der Untersuchung oder Behandlung der Krankheiten. Es gäbe da eine Anahl von Fällen, wo ihr per 'Zufall' eine Fehlbehandlung unterlief, an deren Folgen die Betroffenen heute noch zehren, aber dazu später, in einem anderen Bericht.
Durch die gezielte Unterdrückung, Aufsplitterung, Zersetzung und Brechung jeglicher Eigeninitiative — eine 'Vorauswahl' der hier Inhaftierten findet bereits in den Ausw ahlanstalten Duisburg-Hamborn und Hagen statt (mit Vorliebe greift man sich labile Typen heraus) — erfolgt so gut wie keine solidarische Haltung unter den Internierten. Viele, fast alle, wissen woher der Wind weht, woher der Druck kommt, sind aber schon so gebrochen, so angepaßt, daß sie sich ducken, da für sie immer der Gedanke an eine eventuelle 'Gefährdung' der vorzeitigen Entlassung im Hintergrund steht.
Das führt soweit, daß die Beziehungen untereinander, die Kontakte, dermaßen gestört sind, daß der Anpassungsprozeß so weit geht, daß es an der Tagesordnung ist, daß sich Gefangene gegenseitig 'anschmieren', selber für Meldungen und Hausstrafen sorgen, mehr als in jedem anderen Knast. Gefördert wird dieses Verhalten durch die Leitung der VA und die Sklavenhalter, indem dem Spitzel und Zuträger Vergünstigungen geboten werden.
Trotzdem — es finden sich langsam einige Genossen/Brüder, die nicht mehr bereit sind, dies widerstandlos hinzunehmen und es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis die Lunte das Pulver erreicht hat.
Möge dieser kurze Bericht, er kann nur Fragmente herausgreifen, einigen reformverb lendeten Brüdern die Augen öffnen, welche von dieser Vollzugsreform träumen.
Für uns ist es besser als dieses verfluchte Grautondenken! Laßt Euch nicht einlullen!
Leistet Widerstand, wir haben nicht mehr zu verlieren als unsere Ketten!

Freiheit für alle Gefangenen!
RZ.Remscheid

PRESSEERKLÄRUNG

FRANKFURT, 18. Oktober 77 Rechtsanwalt Reder, Frankfurt a.M. erklärt als Verteidiger seines Mandanten Rechtsanwalt Arndt Müller, Stuttgart:
"Bei dem Hafteröffnungstermin am 1.10.77 vor dem Ermittlungsrichter am BGH Kuhn ist meinem wegen § 129a StGB beschuldigtem Mandanten die Hinzuziehung meiner Person als Verteidiger oder eines anderen Verteidigers durch richterlichen Beschluß versagt worden. Der Tenor des Beschlusses lautet:

"Auf Antrag des Generalsbundesanwalts beim BGH (wird) gem. § 119 StPO angeordnet: Dem Beschuldigten wird jeder mündliche und schriftliche Verkehr mit Herrn Rechtsanwalt Reder, Frankfurt, untersagt, mit Ausnahme eines Gesprächs über die Mandatsübernahme, das in Anwesenheit des erkennenden Ermittlungsrichters des BGH geführt werden darf." (Az.: I BJs 105/77 u. II BGs 1244/77).
Mir wurde weder der Inhalt des bestehenden Haftbefehls noch der des Haftfortsetzungsbeschlusses - auch nicht in seinen wesentlichen Bestandteilen - bekannt gemacht. Meinem Mandanten und mir wurde währen
danten und mir wurde vor und während des Verfahrens über meinen Ausschluß aus dem weiteren Hafteröffnungsverfahren ein Mandantengespräch unter vier Augen versagt. Der Vorschlag des Ermittlungsrichters, ein Gespräch in seiner Anwesenheit über die Mandatsaufnahme zu führen, wurde unsererseits als unzulässige Verteidigerüberwachung abgelehnt. Nach Verkündung des Beschlusses, mich als Verteidiger aus dem Hafteröffnungsverfahren auszuschließen, mußte ich den Verhandlungsraum verlassen. - Als Ergebnis des Hafttermins wurde mir später mitgeteilt
wurde mir später von dem Ermittlungsrichter lakonisch mitgeteilt, daß Herr Müller wegen des Verdachts des § 129 a StGB weiter in Haft bleibe.
Ein konkreter Tatvorwurf war seinerseits nicht zu erfahren.
Zu diesem Gang des Verfahrens erkläre ich als Verteidiger: Durch die Versagung jeglicher unbehinderter Kontaktaufnahme mit meinem Mandanten und durch meinen Ausschluß ist mein Mandant in einer Verfahrenssituation an der über Freiheit oder Unfreiheit eines Menschen entschieden wird, verteidigungslos und damit rechtlos gestellt worden. Ein derart gravierender Eingriff in die Grundrechte eines Beschuldigten in diesem Verfahrensstadium ist meines Wissens in der Justizgeschichte der BRD einmalig. Die Begründung des Beschlusses geht selbst über die im Beschluß des III. Strafsenats des BGH vom 23.9.77 (Az.: StB 215/77) angeordnete Kontaktunterbrechung zwischen Beschuldigten und Verteidigern hinaus, da sich diese nur auf bereits in Untersuchungshaft einsitzende Gefangene sowie auf Strafgefangene bezieht. Die Versagung der Verteidigung ist offenbar im (nicht rechtmäßigen) Vorgriff auf das zur Zeit des Haftverfahrens noch nicht geltende Gesetz zur Änderung des EGGVG geschehen. Hiermit erweist sich zum ersten Mal, daß das erst mit dem heutigen Tage in Kraft getretene Gesetz in bestimmten Fällen schon von vornherein jegliche Kontaktaufnahme zwischen Beschuldigten und Verteidigern unterbindet und der Beschuldigte damit in einer Verfahrenssituation, wo über sein e Freiheit oder Unfreiheit entschieden wird, rechtlos gestellt wird. Diese totale Rechtlosstellung ist ein eindeutiger Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention und die Verfassung der BRD."

EGGVG (Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz)

STADT TERRORISIERT JUGENDLICHE

NÜRNBERG
Oktober 1977

Jugendliche aus Nürnberg berichten auf einem Flugblatt von ihrem Kampf um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Nachdem das Kollektiv „Schutt – Scheiße – Scherben" im Juni angefangen hatte, das leerstehende Loni-Übler-Haus, das der Stadt gehört und über 30 verrottete Zimmer hatte, auf eigene Faus zu renovieren (siehe ID 183), waren die Jugendlichen bereits im Juli wieder rausgeschmissen worden. Sie suchten sich dann eine neue Bleibe. Was daraus wurde, haben sie aufgeschrieben:

„Da passieren Dinge in unserem Staat, von denen keine Zeitung schreibt und kaum jemand erfährt. So z. B. im August in Nürnberg: nachdem die Besetzer im Loni-Übler-Haus im Juli mit Polizeigewalt hinauskatapultiert wurden, fanden einige von ihnen in einem Raum der 'Fabrik' vorübergehend weiter Gelegenheit zusammenzubleiben, bis ein neues Haus gefunden wird. Das interessierte die Polizei 'natürlich'. Sie wollte wissen, was für ein 'harter Kern' sich da trotz aller Terrorakte der Polizei immer noch nicht zerstreute und weiterhin zusammenleben wollte. Und so war eine Fahne wohl willkommener Anlaß für das Geschehen am 10. 8. 77, 10.45 Uhr:

Ungefähr 30 bis 40 Polizisten überfallen das Fabrikgelände, teilweise mit MPs bewaffnet. Darunter etliche Zivilbeamte, z. B. Rauschgift'experten' und Leute vom Staatsschutz. Ein Hausdurchsuchungsbefehl lag nicht vor. Etwa 20 Polizisten dringen in unseren Raum ein, wo wir zu acht noch schliefen. Mit Sprüchen wie 'Ausweiskontrolle', Personenüberprüfung'. Das geschah so schnell, daß Langsamkeit fast schon Widerstand war. Nach der Personenkontrolle wurden sechs von uns mit ins Präsidium genommen. Die Fahne wurde durch die Feuerwehr heruntergeholt. Dann begann die Durchsuchung des Raumes, der Autowerkstätten und der Kneipe (diese Räume waren vom Verein angemietet). Ein Fotograf knipste sämtliche Räume, den inzwischen eingetroffenen Brauereiwagen, und machte spezielle Nahaufnahmen u. a. von Plakaten und einem Regal mit diversen Teesorten.
Bei der Durchsuchung wurden sämtliche Taschen ausgeräumt, persönliche Sachen durchgewühlt, in Briefen gelesen. Weil der Schlüssel nicht da war, versuchten sie, das Schloß zum Dachboden aufzubrechen. Beschlagnahmt wurden:

- die oben genannte Fahne
- eine Mütze der bayerischen Bereitschaftspolizei
- 35 Namensschilder von durch Polizeigewalt getöteten Menschen
- ein Blatt mit handschriftlichen Parolen für die Demonstration zur Situation im besetzten Loni-Übler-Haus vom Juni 1977.

Außerdem noch Flugblätter und anderes Material, das für eine Dokumentation über die Vorgänge rund um das besetzte Haus gedacht war. Was nicht beschlagnahmt wurde, das wurde eben aufgeschrieben, und aufgeschrieben wurde sehr viel, z. B. jede Menge, nämlich Buchtitel und die in den Büchern stehenden Namen. Eine Schreibmaschine wurde registriert und einer Schriftprobe unterzogen. Nachdem das Beschlagnahmeverzeichnis angefertigt worden war, wurde auch der achte, der das Verzeichnis unterschrieben hatte, ins Präsidium mitgenommen. Dort hatten wir ewige Wartezeiten, wurden in Zellen gesperrt, mußten uns ausziehen und filzen lassen, wurden Verhören unterzogen und erkennungsdienstlich behandelt.

Die 'komische' Vorgeschichte der 'Aktion':
am Vortag tauchten zwei Polizisten nach einer Beschwerde des Hausmeisters auf und betonten recht lautstark, wir könnten da doch aufhängen, was wir wollten. Sie könnten da gar nichts machen.

Wie ging es weiter?

Zwei Tage danach bekam der Träger der 'Fabrik', der Verein 'Alternative e. V.', die Kündigung des Mietvertrages. Gegen alle, die sich in der ehemaligen Teestube der 'Fabrik' aufgehalten hatten, wurde Anzeige auf 'Verdacht auf Beihilfe zur Beleidigung' gestellt. Wie werden dann erst Menschen behandelt, die zu ganz anderem verdächtigt werden?"

Die Jugendlichen arbeiten zur Zeit an einer Dokumentation über Besetzung, Räumung und Politprozesse um das Loni-Übler-Haus.

NACH SECHS JAHREN JUGENDHAUS SITZEN WIR WIEDER AUF DER STRASSE

DIETZENBACH
21. Oktober

Das Jugendhaus Dietzenbach, ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung, informiert:

„Seit sechs Jahren versuchen wir, etwas für die Jugendlichen zu tun, die nicht in Vereinsgruppen, Sportvereinen und kirchlicher Jugend organisiert sind. Unser Ziel war, gemeinsam mit den Jugendlichen, die nicht so recht wußten, wohin sie in ihrer Freizeit gehen konnten, ein Jugendhaus zu organisieren. Ein Jugendhaus, in dem wir selbst (unter Mithilfe von Sozialarbeitern) Programm machen und nicht nur konsumieren. Wir, die Besucher, wollten auch entscheiden, wer Sozialarbeiter wird, wann wir das Haus öffnen und wofür wir das Geld ausgeben. Wir nannten das Selbstverwaltung. Damals wurde uns gesagt: „Reden könnt ihr, aber schaffe net!"

Heute meinen nicht nur wir, daß wir viel geschafft haben. Wir haben neben den bestehenden Vereinen ein ergänzendes Angebot für alle Dietzenbacher Jugendlichen geschaffen. Ein Programm, bei dem für jeden etwas dabei war. Es gab Musikveranstaltungen, Filme, Theateraufführungen, Fotogruppen, Filmgruppen, Mädchengruppe, Schülergruppe, Lehrlingstreff und vieles andere mehr. Darüber hinaus ist das Jugendhaus heute ein ständiger Treffpunkt für uns Jugendliche.

Das soll nun anders werden: ab Januar 1978 sollen fünf Parteipolitiker (Bürgermeister (SPD); 1. Stadtrat, dann CDU, 2 CDUler und 1 SPDler) und fünf Vertreter aller Dietzenbacher Vereine, die Jugendgruppen haben, alle Entscheidungen treffen. Wir selbst, die wir seit sechs Jahren Erfahrungen gesammelt haben, wie man ein Jugendhaus gestalten muß, werden nicht mehr gefragt, noch haben wir etwas im „Jugendbildungswerk" zu sagen. Bisher waren wir im Jugendhaus überparteilich; jetzt werden die Parteipolitiker entscheiden. Damit kommt der ganze Knatsch, den wir vom Parlament her kennen, auch ins Jugendhaus.

Es wird oft gesagt, daß wir nicht der einzige Jugendverein wären. Dies ist natürlich richtig, aber die meisten Vereine haben bereits ihre Räume, um ihre Arbeit durchzuführen, und wo Räumlichkeiten fehlen, haben wir nach unseren Möglichkeiten gern ausgeholfen. So waren bei uns im Hause Mietertreff, Bürgerinitiativen, Eltern-Kinder-Initiative, evangelische Jugend, Gewerkschaftsjugend und andere Interessensgemeinschaften. All dies soll nun grundlos geändert werden. Ähnliches passiert zur Zeit auch in unseren Nachbargemeinden (Oberroden, Niederroden, Dudenhofen, Neu-Isenburg). Wir allein können die schon feststehenden Abstimmungsergebnisse im Stadtparlament (CDU-Mehrheit) nicht ändern.

Äußern Sie sich!
Helfen Sie uns, das Jugendhaus in Selbstverwaltung zu erhalten!

Zuerst mußte die Jugendbildung Tennisplätzen weichen, jetzt das selbstverwaltete Jugendhaus konservativen Parteiinteressen. Wann wird Dietzenbach kaputtregiert sein?

DAS GEHT JEDEN AN!!! DAGEGEN MUSS JEDER ETWAS TUN!!! "

Die entscheidende Stadtverordnetenversammlung findet am 21. Oktober statt; danach spiel Karl Napps Chaos-Theater im 'noch selbstverwalteten' Jugendhaus ein Stück gegen die Atomkraftwerke. Das Strahlentheater wird von der Bürgerinitiative Dietzenbach gegen AKW's und vom DGB-Ortskartell mitveranstaltet.

Kontakt: **Jugendzentrum Dietzenbach in Selbstverwaltung**
Rodgaustraße 9, 6057 Dietzenbach
Telefon 06074 / 23049

FORUM HOMOSEXUALITÄT UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

SIEGEN
6. Oktober

Am Samstag/Sonntag den 24./25.9.77 traf sich in Siegen das Forum Homosexualität und Sozialwissenschaften. Die 50 homosexuellen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler, denen dieses Thema auf den Nägeln brennt, diskutierten folgende Forschungsvorhaben: Die Beziehungen zwischen homosexueller Emanzipationsbewegung und Arbeiterbewegung, Homosexuellenunterdrückung im Faschismus, Lebenswelt alter homosexueller Frauen und Männer, zur Bestimmung homosexueller Identität aus der Mann/Frau-Geschlechterrollenpolarität. In diesem Zusammenhang haben die Versammelten auch zunehmende Fälle von Homosexuellenunterdrückung wie z. B. Berufsverbote für Homosexuelle und Unterdrückung der Möglichkeiten zu Öffentlichkeitsarbeit homosexueller Aktionsgruppen diskutiert. Auf der Grundlage der Kenntnis der Ermordung tausender Homosexueller im 3. Reich sehen die Wissenschaftler diese Entwicklung mit großer Sorge. Sie fordern alle fortschrittlich denkenden Menschen auf, ihnen Beobachtungen von Homosexuellenunterdrückung und Materialien darüber zugänglich zu machen und ihre Bemühungen um Emanzipation menschlicher Sexualität tatkräftig zu unterstützen.

Kontaktadressen: Anette Holstiege, Alter Steinweg 29, 4400 Münster; Egmont Fassbinder, Moschstr. 1, 1000 Berlin 41

„SCHWULE LYRIK IST UNSITTLICH"

FRANKFURT
18. Oktober

„Anfang Oktober wurde das Buch „Schwule Lyrik - Schwule Prosa" aus dem Verlag ROSA WINKEL / Berlin von der Schweizerischen Bundesanwaltschaft in Bern als 'unsittlich' eingestuft. Eine nähere Begründung des Vorwurfs der 'Unsittlichkeit' wurde bisher nicht gegeben.

Die Anthologie „Schwule Lyrik - Schwule Prosa" ist der erste Versuch, im deutschsprachigen Raum mit den Mitteln von Lyrik und Prosa den durch die Neue Schwulenbewegung in den letzten sechs Jahren ausgelösten Prozeß der traditionellen Sprachlosigkeit der Homosexuellen zu durchbrechen. In dem Band veröffentlichen u.a. Rosa von Praunheim, Hans Eppendorf, Hubert Fichte, Bruno Vogel. Ebenso Texte von Klaus Mann, Eschi Rehm, Bruno Horst Bull u.a..
Der Verdacht drängt sich auf, daß unter dem Vorwand der 'Unsittlichkeit' die autonomen Äußerungen der Schwulen zensiert werden sollen.

Wir protestieren hiermit gegen dieses Urteil und fordern seine sofortige Rücknahme."

Es folgt die Unterzeichnung von 54 Verlagen, Buchhandlungen und Schriftstellern.

SCHULBEHÖRDE VERBIETET TRAGEN VON ANTI-AKW-PLAKETTEN

HAMBURG 26.9.77 *In einem Schreiben an die Hamburger GEW begründet die Hamburger Schulbehörde das Verbot des Tragens von ANTI-AKW-Plaketten für Lehrer während des Dienstes:*

" Die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung hat zwischenzeitlich die Frage geprüft, ob es Lehrern während ihres Dienstes in der Schule gestattet ist, Plaketten mit der Aufschrift:"Atomkraft? Nein danke !" zu tragen, oder ob das Zurückhaltungsgebot des § 56 HmbBG den Lehrer dazu zwingt, während der Unterrichtszeit in der Schule derartige Plaketten abzulegen. Dazu wird nach Abstimmung mit dem Senatsamt für den Verwaltungsdienst folgendes ausgeführt:

1. Aus dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung nach Artikel.1 des Grundgesetzes (GG) ergibt sich ein grundsätzliches Recht auf freie politische Betätigung. Dieses Grundrecht der freien Meinungsäußerung findet gemäß Artikel 5 Absatz 2 GG seine Schranke an den allgemeinen Gesetzen, zu denen auch das Hamburger Beamtengesetz (HmbBG) gehört.

2. Nach § 56 HmbBG hat der Beamte bei politischer Betätigung das Maß und die Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben. Der Begriff der politischen Betätigung umfaßt nicht nur parteipolitische Tätigkeiten, sondern jegliches politisch motiviertes Handeln im öffentlichen Leben. Dazu gehört auch das Tragen von Anti-Atomplaketten, welches als private Meinungsäußerung außerhalb des Dienstes unbedenklich ist.

3. Innerhalb des Dienstes findet die freie Meinungsäußerung ihre Schranke an den Erfordernissen eines geregelten Dienstbetriebes. Nach den von der Deputation im April 1976 verabschiedeten "Allgemeinen Lernzielen" hat die Schule die Aufgabe, dem Schüler zu helfen, seine Fähigkeiten und Neigungen zu entwickeln, selbständig zu denken, zu urteilen und zu handeln; sie soll dem Schüler u.a. helfen, sich selbständig zu orientieren ..., ihn darauf vorbereiten, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen und ihn in die Lage versetzen, sich mit Konfliktsituationen sachbezogen auseinanderzusetzen. Diesen Auftrag der Schule hat der Lehrer im Zusammenwirken mit Schülern und Eltern zu verwirklichen.

   Mit dieser pädagogischen Zielsetzung ist es unvereinbar, wenn der Lehrer unter Ausnutzung seiner Autorität den minderjährigen Schülern, deren Kritikfähigkeit noch nicht voll entwickelt ist, vorgefertigte Entscheidungen zu aktuellen politischen Ereignissen aufdrängt. Zwar wird man das Tragen von Anti-Atom-Plaketten nicht mit der Werbung durch Plaketten für bestimmte politische Parteien gleichsetzen können. Parteipolitische Werbung ist bereits durch Geschäftsordnungsbestimmungen der Behörde untersagt. Aber auch das Tragen von Anti-Atom-Plaketten durch Lehrer im Unterricht bewirkt eine einseitige Einflußnahme auf die freie Entfaltung des politischen Denkens der Schüler, für die eine derartige Demonstration gegen das Kernenergieprogramm der Regierung Signalwirkung hat. Der Einwand, dem Lehrer könne auch im Politikunterricht nicht verwehrt werden, seinen persönlichen Standpunkt (Kritik) zu allgemeinen politischen Fragen wie beispielsweise zum Kernenergieprogramm darzulegen, ist nicht stichhaltig. Denn der Lehrer ist verpflichtet, bei der Behandlung und Diskussion von Streitthemen die unterschiedlichen Standpunkte deutlich werden zu lassen und einen ausgewogenen Unterricht zu gewährleisten. Dieses Erfordernis kann er aber nicht erfüllen, wenn er bereits durch das Tragen derartiger Polit-Plaketten seinen Schülern die Ablehnung des Energieprogramms von vornherein demonstriert. Der Lehrer geht mit dieser Demonstration in der Schule weiter als mit einer bloßen Meinungsäußerung im Rahmen einer von ihm im Unterricht geleiteten kontroversen Diskussion und verstößt damit gegen das — im Dienst verschärfte — Zurückhaltungsgebot im Sinne des § 56 HmbBG.

   Hiernach sind die Schulleiter als Vorgesetzte berechtigt und verpflichtet, Lehrern das Tragen von sog. Anti-Atom-Plaketten während der Unterrichtszeit in der Schule zu untersagen."

wenn man mit Wahlen das System verändern KÖNNTE, säßen Wähler und Gewählte längst im Gefängnis

AUFRUF AN ALLE UMWELTGRUPPEN UND ALTERNATIVPROJEKTE

Vom 28.10. - 6.11.1977 veranstalten das Sozialistische Büro und die Jusos in Frankfurt an zwei Wochenenden einen sozialistischen Umweltkonkreß (s.a. letzten ID). In den dazwischen liegenden Tagen wollen wir eine Aktionswoche - 31.10 - 5.11. - mit einem abschließenden Ökologiefest am 5.11. durchführen. Die Aktionswoche und das Ökologiefest soll ein Forum sein für alle Gruppen und Einzelpersonen, die sich in irgendeiner Form mit Problemen unserer Umwelt beschäftigen, sich untereinander und der Frankfurter Bevölkerung mitzuteilen. Alle, vom STraßenmusiker, Theaterspieler, Laienspieler bis hin zu Alternativprojekten und BI's gegen AKW's und Stadtzerstörung, sollten mitmachen - sei es mittels Theaterspiel, Musizieren, Filmbeiträgen, Infoständen oder wie auch immer. Wenn ihr also Lust habt, teilzunehmen, ruft doch einfach beim

Kongreßbüro
Kleine Hochstr. 5
6000 Frankfurt
Tel.: 0611/ 28 52 81 von 15 - 18.30 Uhr

oder

Jens Mathaes
Neuhofstr. 42
6000 Frankfurt
Tel.: 0611/ 599270

an. Übrigens: Es sind Vorbereitungsbroschüren für den Umweltkongreß beim Kongreßbüro zum Preis von 3,50 DM erhältlich;

wer verlangt, daß UNSERE wörter einen sinn haben sollen, dem antworten WIR, daß UNSER mund schon immer ein sinnesorgan war
SPRECHEN ist wie FASTEN
DELIRIEREN ist wie BEISSEN

UMWELTFREUNDLICHE ENERGIE/ WANDERAUSSTELLUNG

BRD
13. Oktober

Die Ausstellung über umweltfreundliche Energie, die in diesem Sommer von deutschen Besuchern der dänischen Tvind-Schulen mit den dortigen Schülern gemeinsam erarbeitet wurde und nun unter der Betreuung der „Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise in der BRD und Westberlin" (AG SPAK) als Wanderaustellung durch's Land zieht, hat bis Anfang nächsten Jahres folgenden Terminplan:

10.10. - 16.10.77 Braunschweig
Freizeit- und Bildungszentrum

17.10. - 22.10.77 Hannover
Raschplatz-Zentrum (Pavillon)

23.10. - 27.10.77 Hameln

28.10. - 3.11.77 Frankfurt
Umweltkongreß

4.11. - 9.11.77 Hildesheim

10.11. - 13.11.77 Melle

14.11. - 19.11.77 Rethem

20.11. - 25.11.77 Bremen

vom 26.11.77 - 15.1.78 Raum Lüchow - Dannenberg - Uelzen - Lüneburg

15.1. - 29.1.78 Berlin

Die Organisation der Ausstellung hat die Wohngemeinschaft Bamstedt übernommen:

Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreis AG SPAK
Projektbereich Jugendzentren
Tiedeke Heilmann, Haus Nr. 25
3141 Barnstedt
Tel. 04134/7417

"Wir haben schön viel Anfragen von interessierten Gruppen bekommen; doch seid bitte nicht böse, wenn ihr nicht sofort Antwort bekommt, denn wir arbeiten tagsüber und es gibt viel für die laufende Ausstellung zu tun. Alle, die uns schreiben, bekommen in den nächsten Tagen ein Informationspaket zugeschickt.
Bitte demkt mit Euren Terminwünschen daran, daß es nur eine Ausstellung ist und diese natürlich nicht in 5 verschiedenen Orten gleichzeitig sein kann. Daher arbeiten wir in diesen Tagen an 10 Diaserien, die exakt die Ausstellung wiedergeben und für Aktionen und Veranstaltungen in ca. 3 Wochen zur Verfügung stehen. Nähere Informationen bekommt Ihr bei obiger Kontaktanschrift."

KUNDGEBUNG DER ATOMKRAFTBEFÜRWORTER

Hanau
19.Oktober

Am 18.Oktober hatte die Atom-Lobby in Hanau zu einer Demonstration und Kundgebung für die Durchführung des Energieprogramms der Bundesregierung aufgerufen. Die rund 2000 Arbeiter und Angestellte der Hanauer Nuklearbetriebe die an der Demonstration teilnahmen, wurden für die Zeit der Demonstration normal weiterbezahlt. Ungefähr 80 AKW-Gegner hatten sich ebenfalls auf dem Hanauer Marktplatz eingefunden, um an die Demonstranten und die Bevölkerung, die am Rande stand, Flugblätter zu verteilen und Diskussionen anzuzetteln. Während dies bei den Arbeitern der Nuklearbetriebe, die zum Teil sehr sicher und sehr unsachlich auftraten, nicht oft gelang, nahmen die Leute, die zuschauten oder gerade vorbeikamen, Flugblätter entgegen und einige von ihnen munterten das verhältnismäßig kleine Häuflein der AKW-Gegner auf.
Die Veransatlter der Kundgebung hatten den Hanauer Bundestagsabgeordneten Flämig (SPD), Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte aus der Atomindustrie als Redner auf ihrer Seite. Die Herren Schmidt, Kohl und Dregger hatten Grußtelegramme gesandt. Die Redner konnten nicht oft genug auf die Unabdingbarkeit der Durchführung der Atomenergiepläne hinweisen, forderten Bundesregierung und die Parteien auf, das Atomprogramm entschlossen gegen alle Einwände von seiten der AKW-Gegner durchzuführen. In zum Teil demagogischem Stil versuchten manche von ihnen, die AKW-Gegner als realitätsfremde Theoretiker und Staatszerstörer hinzustellen, und wurden diese beiläufig mit Terroristen in Beziehung gebracht. Alle Redner verstanden es sehr gut, die berechtigten Forderungen der Arbeiter nach sicheren Arbeitsplätzen als Argument für den Bau und Weiterbau von AKW's zu benutzen. Für die künftige Arbeit der BI's wird es wichtig sein, stärker auf diese besondere Problematik einzugehen, in dem man einerseits das Recht auf Arbeit zu fordern, andererseits aber auch auf den Wahnsinn der Arbeitsbeschaffung um jeden Preis hinweist. Die Auswirkungen einer Stillegung der AKW's auf die Beschäftigten müßten genauer analysiert und alternative Beschäftigungsmöglichkeiten bei Verwendung umweltfreundlicher Energieformen aufgezeigt werden.

MATERIAL ÜBER AKW SCHÄDEN GESUCHT

Heidelberg
Oktober 77

Die AG-Umweltschutz am CA Heidelberg will eine Dokumentation zusammenstellen und braucht dazu alles was auch nur im entferntesten mit AKW-Unfällen und Schäden zu tun hat, z.B. Zeitungsmeldungen, Fotos, Presseerklärungen von Regierung und AKW-Betreiber, Schäden durch Kühlturmdampf, Transport von radioaktiven Stoffen per Schiene und LKW, Schwierigkeiten bei der Müllagerung etc.
Leute, die sich mit ähnlichen Vorhaben beschäftigen bzw. Material senden wollen, wenden sich an:

AG Umweltschutz
CA Heidelberg
c/o Kretschmann
Fasaneriestr. 7
6906 Leimen

SPANISCHE ZEITSCHRIFT ÜBER AKW'S

Madrid
20.Oktober

Die Zeitschrift PETROSAS hat in ihrer Oktober-Nummer eine detallierte Darstellung der spanischen AKW's veröffentlicht.

Ihre Adresse:

SAGASTA, 10
Telefs. 448 58 06 - 448 43 02
Madrid - 4

LEHRER UND ÄRZTE INFORMIEREN ÜBER AKW'S

Bielefeld
19.Oktober

Aus Bielefeld bekamen wir folgenden Brief
"Liebe ID-ler!

Folgende Anzeige fanden wir in der Bad.

Ztg. vom 15.10.77. Eine ähnliche Anzeige hatten schon am 27.8.77 ca. 260 Ärzte aus dem Raum Freiburg in die BZ gebracht.
Wir halten das für eine sehr gute Art von Öffentlichkeitsarbeit; Wenn ihr dies veröffentlicht, könnte das für viele Umweltschutzgruppen ein Ansporn sein, Zielgruppenarbeit mit Ärzten und Lehrern zu machen mit dem Ziel, daß diese in ihren lokalen Zeitungen ähnliche Anzeigen aufgeben. Es gehörte dazu eigentlich nur ein (seriös aufgemachtes) Flugblatt z.B. für Ärzte, mit Bitte um Rückantwort, falls sie Interesse an der Arbeit der AKW–Gruppen (oder Unterstützung) haben. Die Rückantwort müßte leicht gemacht werden, z.B. mit vorgedrucktem Abschnitt oder Briefmarke beilegen etc., den finanziellen Aufwand sollte man nicht scheuen, wenn einen nur 10 Ärzte unterstützen, kann man das Geld wieder drin haben! Oder man schickt ihnen gleich eine ganze Broschüre ("AKW aus ärztlicher Sicht" o.ä.). Wenn Ärzte Material über KKW's in ihren Praxen auslegen, wäre das auch eine sehr lohnende Sache!"

Hans-Joachim Bannier
AK Umwelt in der ESG
Jacob-Kaiser-Str. 2c
4800 Bielefeld

Und nun die Anzeige aus der Badischen Zeitung in Freiburg:

Lehrer nehmen Stellung zum KKW Fessenheim

Wir sind Lehrer und Lehrerinnen an Schulen in Südbaden.
Am 27. August 1977 haben 264 Ärzte in einer Anzeige der BZ ihre Sorge über die Inbetriebnahme des KKW Fessenheim geäußert. Auch uns erfüllt dies mit Sorge:
Wir fühlen uns als Pädagogen dafür verantwortlich, die Schüler während der Schulzeit vor Schaden zu bewahren. Das erwarten die Eltern von uns; das fordert auch die Schulbehörde.
Wir sehen uns aber außerstande, im Falle eines kerntechnischen Unfalls im KKW Fessenheim diese Erwartungen zu erfüllen. Die Schulen sind für eine solche Situation in keiner Weise gerüstet. Wir erhielten bisher auch keinerlei Richtlinien für den Schutz der Schüler.
Unabdingbar notwendig erscheinen uns:

- Aufklärung der Eltern, Lehrer und Schüler über Gefahren, Schutz- und Evakuierungsmaßnahmen in Schulen
- Schutzvorrichtungen an allen Schulgebäuden gegen radioaktive verseuchte Luft (z. B.: ABC-Filter in Klimaanlagen, Oberdruckanlagen . . .)
- Bereitstellung von Materialien zur Ersten Hilfe (Schutzkleidung, Jodtabletten, Entseuchungsduschen . . .)
- Aufbau eines rasch arbeitenden, zentralen Alarmsystems
- Alarmübungen für den Katastrophenfall.

Ob aber diese Maßnahmen einen ausreichenden Schutz bieten können, erscheint uns zweifelhaft.
Laut Katastrophenplan (BZ, 26. März 1977) sind die Schulen auch Sammelplatz für die nichtmotorisierte Bevölkerung. Die Aufgaben, die hiermit zusätzlich auf die Schulen zukommen, erfordern noch viel weitreichendere Schutzmaßnahmen.

Wir sagen daher mit den Ärzten:
Die durch das KKW Fessenheim aufgeworfenen Probleme weisen erneut auf die dringliche moralische Frage hin, ob die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen schwerwiegende gesundheitliche Gefährdung der jetzigen und aller kommenden Generationen (Atommüll) rechtfertigt. Wir meinen NEIN!

A
P. Adler, Fr., **G. Ahlers-Brüning**, Fr., **P. Ahrem**, Fr., **J. Ahrens**, Fr., **S. Allgaier**, Badenw., **B. Allgeier**, Norsing., **J. Allgeier**, Mzh., **D. Alpers**, Umk., **W. Alpers**, Umk., **H.-P. Altenpohl**, Wasenw., **F. Aly**, Fr., **W. Andris**, Neuenb., **H. Armbruster**, Fr., **M. Arnds**, Fr., **E. Arndt**, Hausen

B
G. Baader, Kroz., **K. Bacher-Schuchna**, Schallb., **L. Bachor**, Holzh., **M. Badelt**, Bugg., **D. Bader**, Fr., **B. Bailly**, Gundelf., **I. Bäurer**, Fr., **F. Bahmann**, Fr., **W. Bange**, Fr., **L. v. Bargen**, Fr., **G Bartling**, Fr., **A. Bartsch**, Fr., **A. Bartsch**, Mül., **Ha. Battran**, Fr., **He. Battran**, Fr., **H. Baumgartner**, Malsb., **D. Bayer**, Glottert., **H.-H. Bechinger**, Badenw., **G. Bechtold**, Fr., **C. Becker**, Fr., **D. Becker**, Mül., **G. Beeretz**, Fr., **H. Benesch**, Waldk., **U. Benesch**, Waldk., **I. Bengel**, Fr., **W. Benner**, Umk., **R. Benoit**, Fr., **B. Bensch**, Fr., **A. Beushausen**, Fr., **R. Beushausen**, Fr., **C. Bercks**, Gundelf., **E. Berens**, Fr., **W. Bergermann**, Fr., **J. Bertholet**, Fr., **E. Bettmann**, Fr., **W. Beyer**, Fr., **K. Beyerle**, Malsb., **J. Biermann**, Tening., **E. Billitza**, Fr., **B. Binkert**, Mül., **I. Birkhan**, Fr., **I. Birmelin**, Fr., **L. Blase**, Fr., **B. Böcker**, Fr., **M. Boes**, Sulzb., **R. Borgas**, Fr., **R. Brand**, Pfaffenw., **H. Brandt**, Offnad., **B. Brasching**, Fr., **H. Brasching**, Fr., **G. Braun**, Neuenb., **S. Bremer**, Gundelf., **M. Bremer**, Fr., **J. Brendel**, Fr., **K. Briggl**, Mül., **H. Brockmeyer**, Fr., **H. Brommer**, Merding., **J. Bross**, Fr., **N. Bürger**, Fr., **H. Bungert**, Mül., **E. Burghart**, Denzl., **U. Burkhardt**, Fr., **M. Bußhardt**, Fr., **D. Busl**, Schallst.

C
R. Calle, Fr., **E. Camerer**, Mül., **B. Campe**, Fr., **A. Cavelis**, Fr., **G. Cernohorsky**, Fr., **E. Coers**, Sexau **H. Constant**, Rixh., **O. Cuhlmann**, Fr., **W. Cullmann**, Stauf.

D
E. Damß, Fr., **G. Danzeisen**, Umk., **H. Deninger**, Fr., **C. Deuschle**, Nimb., **E. Dienst**, Fr., **E. Dietrich**, Fr., **P.-G. Diez**, Ebrin., **S. Diez**, Ebrin., **R. Ditgens**, Em., **I. Döhler**, Ehrenk., **W. Dold**, Mül., **I. Döring**, Fr., **M. Döring**, Fr., **P. Dorneich**, Kirchst., **G. Dreger**, Fr., **D. Dreßler**, Fr., **B. Drinnenberg**, Fr., **R. Drinnenberg-Zipp**, Fr., **H. Drolshagen**, Fr., **I. Duffner**, Mzh.

E
W. Ebel, Fr., **G. Eberhardt**, Mzh., **P. Eberle**, Kroz., **P. Eberle**, Fr., **I. Eckel**, Ihring., **R. Eckhardt**, Fr., **J. Ehinger**, Colmar, **G. Ehmsen**, Fr., **G. Ehret**, Denzl., **E. Ehrlich**, Mül., **C. Eichhorn**, Kandern, **W. Eichkorn**, Ehrenk., **W. Eisele**, Pfaffenw., **I. Eisen**, Stauf., **A. Eltner**, Bollschw., **N. Eltner**, Bollschw., **M. Emmenegger**, Umk., **W. Enderle**, Fr., **W. Enders**, Fr., **R. Engelhardt**, Breisach., **W. Englert**, Fr., **J. Erb**, Fr., **M.-T. Eustermann**, Fr.

F
K. Faller, Em., **Bert. Färber**, Fr., **Brigitte Färber**, Fr., **G. Faulborn**, Fr., **Dr. F. Feger**, Lö., **G. Feger**, Fr., **U. Feger**, Fr., **E. Fehse**, Umk., **Y. Feindura**, Fr., **M. Felleisen**, Fr., **A. Fischer**, Fr., **Dr. J. Flämig**, Ihring., **M. Flittner**, Fr., **T. Föhrenbach**, Fr., **P. Folger**, Fr., **H.-J. Franzeck**, Stegen, **H. Freese**, Umk., **E. Friedel**, Fr., **K.-J. Fröhlich**, [illegible] **M. Fuchs**, Fr., **U. Füller**, Ihring.,

J. Peters, Wittn., **W. Peters**, Fr., **U. Pfadt**, Fr., **S. Pfadt**, Bollschw., **W. Pfeifer**, Fr., **H. Pfeifer**, Fr., **W. Pfeifer**, Rümming., **R. Pflughaupt**, Stauf., **J. Philippi**, Merding., **P. Philippen**, Fr., **G. Philippen-Battlogg**, Fr., **M. Pietzcker**, Fr., **D. Pitt**, Kroz., **W. Pohl**, Fr., **M. Pommer**, Mzh., **M. Prager**, Em., **G.-H. Preissner**, Rüttling., **E. Priesner**, Fr., **I. Pult**, Fr.

Q
A. Quaas, Fr.

R
K. Ramirez, Fr., **H. Rauch**, Fr., **C. Rapp**, Fr., **H. Rave**, Mül., **H. Rebein**, Fr., **G. Reich**, Fr., **H. Reidl**, Denzl., **U. Reifenrath**, Sulzb., **G. Reinhardt**, Fr., **I. Rembold**, Mzh., **Dr. C. Reißner**, Fr., **J. Rempt**, Fr., **M. Richter**, Mül., **E. Rieger**, Mül., **F. Rieland**, Bollschw., **U. Rietmann**, Fr., **B. Ritzel**, Fr., **U. Roecken**, Fr., **Dr. U. Roether**, Fr., **W. Roether**, Pfaffenw., **B. Roesch**, Fr., **A. Rösner**, Fr., **B. Rößner**, Fr., **E. Roggatz**, Fr., **A. Rombach-Schüttoff**, Fr., **B. Roth**, Fr., **Dr. D. Roy**, Em., **M. Ruck**, Fr., **B. Rüde**, Fr., **N. Ruek**, Fr., **M. Ruping**, Fr., **C. Rupp**, Fr.

S
G. Salamon, Fr., **P. Santo**, Binzen, **O. Sauerburger**, Waldk., **M. Schädler**, Fr., **H.-G. Schäfer**, March, **I. Schäfer**, March, **U. Schäfer**, Merding., **A.-M. Schaeffer v. Appen**, Fr., **G. Schaper**, Rixh., **A. Schelbert**, Mül., **J. Schell**, Mül., **W. Schenk**, Schileng., **E. Schepple**, Fr., **W. Scheuermann**, Fr., **D. Schiffler**, Fr., **W. Schiffler**, Fr., **G. Schindler**, Gottenh., **Dr. A. Schlageter**, Lö., **G. Schlatterbeck**, Fr., **K. Schlentner**, Winden, **U. Schmid**, Kroz., **L. Schmidinger**, Fr., **E. Schmidt**, Fr., **E. Schmidt**, Mül., **H. Schmidt**, Em., **I. Schmidt**, Fr., **P. Schmidt**, Stauf., **R. Schmidt**, Fr., **H. Schmidt-Lange**, Lö., **B. Schmieder**, Umk., **E. Schmitt**, Fr., **G. Schmitz**, Kirchz., **U. Schmitz**, Fr., **M. Schmolinski**, Achern, **V. Schnabel**, Fr., **S. Schneider**, Fr., **W. Schneider**, Em., **G. Schofer**, Mül., **U. Schölzel**, Fr., **E. Schöneck**, Fr., **R. Schönefeld**, Stauf., **H. Schoenfeld**, Fr., **R. Schoenfeld**, Fr., **E.-H. Schönfelder**, Fr., **M. Scholz**, Fr., **E. Schork**, Stauf., **E. Schrödter**, Badenw., **J. Schuh**, Sasb., **Ch. Schuh**, Fr., **R. Schuhmann**, Stauf., **R. Schuhbauer**, Mül., **R. Schulte**, Denzl., **D. Schulz**, Fr., **S. Schulz-Krieg**, Fr., **R. Schulze**, Fr., **P. Schupp**, Mzh., **E. Schwanitz**, Schallst., **W. Schweikhart**, Fr., **U. Schwitalla**, Fr., **M. Seebacher**, Denzl., **B. Seelemann**, Fr., **W. Seewald**, Fr., **A. Seibert**, Breisach, **D. Seifert**, Fr., **G. Sick**, Mül., **H. Simons**, Wildtal, **R. Soengel**, Sulzb., **U. Sonntag**, Kirchz., **A. Sorge**, Fr., **H. Spaeth**, Fr., **F. Spiegelhalter**, Hügelh., **H. Stapelfeldt**, Fr., **M. Steinberg**, Umk., **R. Steiner**, March, **M. Steinert**, Fr., **W. Steinert**, Fr., **G. Steinhart**, Fr., **J. Steinhart**, Fr., **E. Steinle**, Fr., **D. Stenzel**, Fr., **Reg. Stephan**, Fr., **Reinh. Stephan**, Fr., **E. Stern**, Fr., **G. Stern**, Kenzing., **L. Steuernagel**, Waldk., **Ch. Stöhr**, Fr., **K.-L. Stock**, Fr., **E. Stoll**, Marzell, **Dr. U. Stork**, Kirchz., **G. Straßburg**, Mzh., **W. Strecker**, Achern, **A. Strecker-Andrae**, Ehrenk., **I. Strub**, Vörst., **G. Stump**, Fr., **C. Sturm**, Fr., **H. Sturm**, Fr.

T
E. Terstiege, Fr., **J. Terstiege**, Fr., **H. Theißen**, Fr., **B. Thiel**, Mül., **R. Thielmann**, Fr., **T. Thoman**, Maulb., **E. Thoman**, Maulb., **B. Thomas**, Fr., **A. Tiliehein**, Fr., **D. Tilmann**, Kirchz., **M. Tocha**, Fr., **F. Tonolini**, Fr., **H. Tränkle**, Elzach, **B. Treizger**, Achern, **A. Tröger**, Mül.

M. Herrmann, Fr., R. Herrmann, Fr., Ch. Herzog, Umk., R. Herzog, Fr., I. v. d. Heyden, Fr., G. Himmelein, Fr., G. v. Hippel-Schäfer, Fr., H.-H. Hirsch, Fr., W. Höfel, Schallst., H.-J. Höfele, Lö., U. Hoegel, Denzl., N. Hörr, Fr., D. Hoffmann, Waldk., I. Hoffmann, Fr., U. Hoffmann, Fr., G. Hofmann, Augg., St. Hopfener, Denzl., C. Horn, Kirchz., E. Hosenseldl, Fr., M. Hosenseldl, Fr., N. Hülsmann, Fr., V. Hummel, Fr., Th. Hunisch, Fr., C. Hunsmann, Fr., A. Hupperschwiller, Fr.

I
P. Inacker, Au, G. Indorf, Au, H.-J. Isele, Fr., M. Iseler, Em.

J
B. Jaeger, Stauf., D. Jäger, Fr., H. Jäger, Fr., Dr. K. Jäger, Fr., M. Jäger, Fr., F. Jaeneke, Lö., I. Jänisch, Eschb., L. Jaeneke, Lö., B. Janoschka, Fr., I. Janßen, Schlieng., K. Jenne, Wittnau, H.-W. Jockheck, Kandern, P. Jörder, Fr., B. Jöckel, Stauf., G. Johann, Fr., V. Joos, Buchenb., K. Jordan, Mül., A. Jungermann, Mül.

K
B. Kaiser, Fr., M. Kalff, Fr., K. Kalitović, Schlieng., A. Kallert, Kirchz., H. Kasper, Mül., E.-U. Kaufmann, Mül., W. Kaufmann, Fr., M. Kayen, Fr., F. Kayser, Fr., S. Keck, Fr., M. Kempf, Mzh., F. Kendel, Em., J. Kenkel, Fr., H. Keppler, Em., B. Kernberger, Waldulm, M. Kiefer, Umk., J. Kirchgäßner, Fr., H. Kleinig, Gundelf., P. Kleissle, Badenw., M. Klimmer-Coers, Sexau, R. Klingenschmitt, Denzl., H. Klingst, Kandern, E. Klonk, Fr., D. Klumpp, Winden, W. Knoche, Kirchz., H. Knufmann, Ehrenk., H. Köhler, Denzl., G. Koelbing, Mül., H. Kölblin, Em., J. Köllhofer, Kiechlbg., C. König, March, E. König, Stauf., M. König, Kirchz., E. Köthner, Mzh., D. Kohlhepp, March, C. Kokott, Fr., W. Kolb, Fr., F. Kollmann, Landeck, I. Komanschek, Ihring., E. Korthaus, Fr., A. Kramer, Mül., M. Krämer, Schönenb., P. Krampfert, Umk., R. Kraska, Stauf., C. Kraska-Backs, Stauf., M. Kraus, March, G. Krause, Fr., W. Kreher, Kenz., Ch. Krieger, Fr., K.-G. Krieger, Fr., B. Kroeker, Fr., M. Kromeier, Fr., R. Kronberger, Fr., H. Krüber, Fr., U. Kügele, Wittnau, C. Kühlewein, Fr., G. Künzel, Fr., B. Kühn-Zelmer, Fr., H.-J. Kürz, Stegen, M. Kuhnlein, Fr., A. Kunzmann, Schlieng., J. Kurz, Fr., W. Kuzniarek, Bollschw.

L
H. Lacôte, Steinenst., W. Lais. Fr., G. Lampe, Lö., P. Lampe, Fr., [illegible] Landfester, Fr., M. Lang, Fr., O. Lang, Buchenb., V. Lange, Fr., [illegible] Lehmann, Ebring., I. Lehr, Fr., F. Leiding, Fr., B. Leisinger, Mül., V. Lempfert, Rümming., H. Leonhardt, Fr., R. Leonhardt, Fr., P. Lepach, Fr., E. Leutiger, Fr., H. Lewedel, Winden, H. Ley, Ehrenk., J. Lieb, Em., R. Lieb-Beck, Em., M. Limberger, Fr., C. Lindemann, Waldk., W. Link, Britzing., C. Lipps, Augg., K. Litz, Fr., U. Loleit, Fr., M. Longerich, Fr., M. Loock, Mengen, G. Lorenz, Fr., W. Lorenz, Fr., B. Löffler, Ballrecht., G. Lötz, Fr., R. Losert, Fr., H. Luedecke, Fr., B. Lüger, Fr., H.-H. Lüger, Fr., A. Lütjens, Fr., E. Lützow, Sölden

M
P. Mäder, Fr., S. Maegle, Fr., D. Maier, Mül., M. Maier, Fr., R. Maier, Kirchz., E. Mailiard, Schlieng., A. Mallmann, Fr., J. Mallmann, Fr., U. Malotki, Stauf., A. Markus, Fr., A. Marte, Kandern, Dr. A. Martin, Horben, F. Martin, Denzl., M. Marquardt, Lö., S. Matt, Fr., I. Meinig,

OFFENER BRIEF AN SCHEEL

MÜNSTER
Oktober 77

Folgenden offenen Brief an den Bundespräsidenten verfaßte Prof.Dr. E. Huster, Direktor des Instituts für Kernphysik an der Universität Münser:

"Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Leider kann ich Ihnen (und anderen) nicht verschweigen, wie fassungslos, ja entsetzt ich war, als ich aus Ihrer Rede anläßlich der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises im Fernsehen den Teil hörte, der sich mit der Nutzung der Kernenergie befaßte.

Danach habe ich die in der "Frankfurter Rundschau" veröffentlichte Fassung Ihrer Rede gelesen. Alles das, was Sie über die um sich greifende Staatsverdrossenheit sagen, und daß und wie man Ihr begegnen muß, kann ich Wort für Wort unterschreiben. Mein Entsetzen aber, daß Sie dann ausgerechnet das Beispiel der Kernenergie wählten, um Ihre Auffassung von den Rechten der Bürger und der Staatsinstanzen zu erläutern, dieses Entsetzen ist geblieben.

Denn: Zu der von uns allen beklagten Staatsverdrossenheit hat ja gerade die bisherige Behandlung dieser Frage durch zuständige und nicht zuständige Staatsorgane ihr gerüttelt Maß beigetragen.

Fast alles, was dem Volke über die Kernenerige offiziell mitgeteilt wurde und wird, ist einfach nicht wahr. Es stimmt nicht, daß an dieser Energie "kein Weg vorbeiführt". Es stimmt nicht, daß sie billig, sauber, umweltfreundlich und praktisch gefahrlos ist. Das beginnt endlich sich herumzusprechen: Trotz der mit Millionenaufwand betriebenen industriellen und amtlichen (!) Propaganda ist die Mehrheit, die heute noch für diese Energie ist, recht schwach geworden (lt. Spiegel noch 53 %), und das ist eine Mehrheit der sachlich schlecht oder gar nicht Unterrichteten.

Schon im Normalbetrieb geben die Leichtwasser-Reaktoren in Abluft und Abwasser soviel radioaktive Stoffe ab, daß Ihre verehrte Gattin ihr Krebshilfswerk getrost einstellen kann. Die Zahl der Krebsfälle nämlich, die einige dieser Stoffe nach Anreicherung über die Nahrungskette und Einlagerung in bestimmten Organen (Knochen, Schilddrüse, Gonaden etc.) notwendig erzeugen müssen, kann durch keine noch so umfassende Hilfe ausgeglichen werden.

Zwar wird uns immer wieder versichert, die Kernindustrie vermehre die natürliche äußere Strahlenbelastung nur unwesentlich. Für die Wasser-Reaktoren trifft das sogar zu (im Normalbetrieb!). Es gilt aber nicht mehr für die noch völlig unzureichend erprobten Brüter und erst recht nicht für Wiederaufbereitungsanlagen. Für diese liegen ja Messungen vor, und nach einem Bericht der KFA Jülich gibt eine solche Anlage etwa die tausendfache Menge an radioaktiven Stoffen ab wie alle von ihr betreuten Kernkraftwerke zusammen! Aber, wie gesagt, auf die so erzeugte äußere Strahlendosis kommt es nicht an, sondern auf die inkorporierten Strahler. Sogar die lange Zeit als harmlos bezeichneten Elemente Tritium (H-3) und Krypton-85 sind inzwischen als gefährlich erkannt worden. H-3 wird in jedem wasserstoffhaltigen Körpergewebe eingebaut und zerstört beim Übergang in Helium-3 mit Sicherheit das Molekül, in dem es eingebaut war und durch seine Strahlung weitere Moleküle. Und das Edelgas Krypton, das keine Verbindung eingeht, ist gefährlich, vor allem wegen seiner Fettlöslichkeit. Ihre Gattin wird sich sicher der Thorotrast-Katastrophe nach 1945 erinnern. Auch dies schwach radioaktive Kontrastmittel war seinerzeit für harmlos erklärt worden eben wegen des unzulässigen Vergleiches zwischen äußerer und innerer Belastung, bis ab etwa 1948/50 über einen Krebstodesfall nach dem anderen auf den Kongressen vorgetragen wurde.

Schon dies würde mir genügen, mich der Einführung der Kernenergie zu widersetzen, auch dann, wenn sie nicht außerdem noch energiepolitisch überflüssig wäre. (Sie ist es!) Erst recht gilt das für die Folgen stets möglicher Unfälle! Wir wissen, daß der Elbeseitenkanal ausgelaufen ist, wir wissen von der Explosion in Seveso und anderen Chemiewerken. Und da sollen wir glauben, ein Wasserbehälter mit Brennstoffelementen könne unter keinen Umständen auslaufen, in einer Wiederaufbereitungsanlage könnten die organischen Lösungsmittel (Kerosin!) oder freiwerdendes Knallgas unter keinen Umständen explodieren! Als experimentell arbeitender Physiker kenne ich, wie alle Kollegen in Physik und Chemie, „Murphy's Gesetz": „Alles, was schief gehen kann, geht auch mal schief." Das wissen wir aus Erfahrung. An das Zusatzgesetz: „Kernenergieanlagen aber sind die einzige Ausnahme" glauben wir deshalb nicht.

Und: was dann passiert, wenn einer der oben genannten Fälle eintritt oder auch „nur" ein Super-GAU eines Leichtwasserreaktors, das können Sie in dem einschlägigen Bericht des Reaktor-Sicherheits-Instituts nachlesen. Nach einem einzigen solchen Unfall braucht man sich um die Zukunft der Bundesrepublik keine Sorgen mehr zu machen.

Nachdem die Studie publik geworden ist, versichert man uns, es handele sich nur um „theoretische Fälle". Nein! Hier ist (von Fachleuten!) genau das berechnet worden, was

geschehen muß, wenn die genannten Voraussetzungen eintreten, und deshalb handele es sich um „Theorie". Das ist zweifellos eine neuartige Definition dieses Begriffes. — Schon bei „GAU" wurde dies Spiel getrieben. Das ist nicht der größte Unfall, der angenommen werden kann, sondern der größte Unfall, der für Berechnung der Folgen auftragsgemäß anzunehmen war. Das ist ein fundamentaler Unterschied.

Inzwischen wissen große Teile der Bevölkerung auch, wie sehr sie unter der amtlichen Bezeichnung „Aufklärung" im Dunkeln gelassen worden sind. Man weiß, daß der zitierte Bericht des RSI geheimgehalten werden sollte. Seit dem 22. Februar ist auch bekannt, daß in La Hague ab Mitte September 1976 drei Monate gestreikt worden ist, daß diese WAA 1977 sechs Monate nicht arbeiten wird, daß sie niemals die ihr amtlich zugeschriebene Kapazität erreicht hat, daß alle bisher dorthin gelieferten Brennelemente aus der Bundesrepublik noch lagern, daß La Hague solche abgebrannten Elemente aus Leichtwasser-Reaktoren noch nie verarbeitet hat und dies eventuell auch in Zukunft nicht kann. Und Krone des Ganzen: all dieses ist der Bevölkerung fünf Monate lang erfolgreich verheimlicht worden! Wie hat man in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung Presse, Rundfunk, Fernsehen dazu gebracht? Hinzu kommt noch das Vorgehen des Staates in Brokdorf.

Angesichts all dessen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, fürchten viele, daß Ihr eindeutiges Eintreten für die Kernenergie die von Ihnen zitierte Staatsverdrossenheit nicht gerade mildern wird, auch dann nicht, wenn dies „trotz nicht unerheblicher Bedenken" geschehen ist.

Ihre Forderung, die Bürger müßten wahrheitsgemäß und umfassend unterrichtet werden, ist auch die unsere und kann deshalb von uns nur begrüßt werden. Bisher jedoch haben die Politiker den Bürgern nicht gesagt, „wie groß das Risiko bei Reaktorunfällen, auch im denkbar schlimmsten Fall ist." Erst durch den La Hague-Bericht ist denen, die ihn gehört haben, bekannt geworden, daß es bis heute auf der ganzen Welt keine einzige Wiederaufbereitungsanlage gibt, die in dem erforderlichen industriellen Umfang Brennelementa aufarbeiten könnte, auch Windscale nicht mehr.

Deshalb möchte ich mir einen Vorschlag erlauben, der wohl zu positiven Ergebnissen in Ihrem Sinne führen könnte. Das zur Zeit, so scheint es wenigstens, eingetretene praktische Moratorium gibt Zeit und Gelegenheit zu eingehenden Sachdiskussionen, wie sie ja auch der Herr Bundeskanzler vorgeschlagen hat. Mir scheint es außerordentlich wichtig, daß dazu stärker als bisher auch Fachleute herangezogen werden, die nicht Experten der Kernindustrie und der mit ihr verknüpften Institutionen sind, und zwar außer Physikern und Chemikern auch Biologen, Ökologen, Geologen usf.

Ich selbst stelle mich dafür natürlich gern zur Verfügung. Auch werde ich mir erlauben, Kollegen, die ich für kompetent halte, von diesem meinem Vorschlag zu unterrichten und zu fragen, ob sie bereit wären, sich zu beteiligen.

Davon, daß auch die Argumente solcher Leute gehört werden, kann, so scheint mir, die Zukunft der Menschheit abhängen. (Das Wort Menschheit ist hier zum ersten Male in der Geschichte nicht übertrieben: mit der Kernenergie gehen wir zum ersten Male ein weltweites Risiko ein, das sich zudem auch auf alle künftigen Generationen erstreckt.)

In tiefer Sorge
Ihr sehr ergebener
E. Huster

Dem Inhalt dieses Briefes schließen sich 65 Professoren, andere Wissenschaftler und Persönlichkeiten an.

SELBSTDARSTELLUNG DER KATALYSE–TECHNIKERGRUPPE

ESSEN
18. Oktober

„Die Selbstdarstellung soll dazu dienen, daß politisch motivierte Kollegen, die in der Gruppe tätig werden wollen, sich über unsere Absichten unterrichten können, und daß die Gruppe für diejenigen Organisationen, mit denen sie zusammenarbeiten will, einschätzbar wird.

I. Entwicklung der KATALYSE-TECHNIKERGRUPPE

Die Katalyse-Gruppe wurde 1972 durch Techniker gegründet, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit und eigenen Betroffenheit erkannt hatten, wie wichtig die Beschäftigung mit den Ursachen und Auswirkungen bestimmter Techniken ist. Diesem Schritt ging der fehlgeschlagene Versuch voraus, in diesem Themenbereich einen Gewerkschaftsarbeitskreis einzurichten. Auch an anderer Stelle fand sich kein Diskussionsforum für diese Fragen, denn Technik wurde nur als abstraktes Mittel aufgefaßt; mit ihren konkreten Formen und Auswirkungen befaßten sich nur wenige an gesellschaftlichen Fragen Interessierte. Die Kritik der meisten Intellektuellen an den bestehenden Verhältnissen wurde zu dieser Zeit fast ausschließlich aus dem Blickwinkel der Gesellschaftswissenschaften geübt.

Während die Gruppe zunächst in einer Anzahl von Volkshochschulvorträgen und Broschüren zu aktuellen Fragen Stellung genommen hat (Berufliche Lage der Ingenieure, „Grenzen des Wachstums", Politisches Bewußtsein der Ingenieure, Wer verhindert billiges Wohnen?, „Harte" und „sanfte" Technik, Wirtschaftliche Lage 1984, Kernenergie und ihre Alternativen), setzte schon bald eine intensive Zusammenarbeit mit Studenten der Ingenieurwissenschaften ein (Fragen der Berufsperspektive, Technik von nichtprofessoraler Seite), was ein stetiges Anwachsen der Gruppe zur Folge hatte. Vielen politisch bewußten Studenten
Studenten bot die KATALYSE-Gruppe die Möglichkeit, auch nach dem Studium weiter politisch aktiv zu bleiben. Von besonderer Bedeutung für uns war die Frage, ob und in welchem Rahmen Entwicklung und Einsatz alternativer Technologien durchführbar ist. Aus der Diskussion um diese Frage heraus wurde 1975 von der KATALYSE die wohl erste westdeutsche Tagung über „Alternative Technik" (AT) von uns in Oberhausen veranstaltet.

Es zeigte sich, daß die „Alternative Technik"-Diskussion unter dem Aspekt der Durchsetzbarkeit alternativer Technologien (Energieerzeugung, Verkehr, Müllbeseitigung) eine starke Resonanz fand, wobei insbesondere die Bürgerinitiativen (BI's) gegen Atomkraftwerke (AKW's) starkes Interesse an fachlicher Beratung hatten und haben.

Im Laufe der Zeit haben sich folgende Arbeitsschwerpunkte herausgebildet:

- AKW's - Gefahren und Alternativen (AKW-Büro)
- Mitteilungsblatt (monatlich für alle Mitglieder)
- VHS-Vortragsreihen
- Zusammenarbeit mit Lehrlingen und Arbeitslosen zur Produktion alternativer Technik (Lern- und Produktionsgemeinschaft)
- Gewerkschaftsarbeit
- Informationsdienst und Anlaufstelle für Interessierte
- Medizinische Techniken (Arbeitsgruppe Erfahrungsheilkunde)
- Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen
- Alternative Technik für Ballungsräume

Unsere organisatorischen Treffen finden einmal im Monat (letzter Mittwoch im Monat) für die gesamte Gruppe in Essen statt; außerdem sind regelmäßige Treffen der einzelnen Ortsgruppen vorgesehen. Wichtig für unsere Arbeit sind nicht zuletzt Informationen von Gruppenmitgliedern aus Industrieunternehmen, die Einblick in deren Geschäftsablauf haben.

Zur Zeit beziehen etwa 350 Personen und Gruppen unsere Mitteilungen, und es ist nicht übertrieben zu sagen, daß wir zumindest im Rhein-Ruhr-Gebiet einen hohen Bekanntheitsgrad bei Interessierten haben und von vielen als kompetent in technisch-gesellschaftlichen Fragen angesehen werden.

II. Aufgetretene Schwierigkeiten

Auf zwei Gebieten ging die Arbeit nur langsam voran. Es ist noch nicht gelungen, als Technikergruppe zu einer festeren Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu kommen, obwohl die meisten KATALYSE-Mitglieder gewerkschaftlich organisiert sind. Möglichkeiten wären: Vorträge zu halten, Schulungen durchzuführen, Informationsveranstaltungen zu betreiben, Beratungen und Gutachten zu erstellen.

Die ursprüngliche Absicht, im Betrieb Ingenieure und Techniker zur Mitarbeit zu gewinnen, zeigt leider nur mäßigen Erfolg.
Der Ansatz, Studenten schon während der Studienzeit mit der Tätigkeit der KATALYSE bekanntzumachen, hat dagegen zu einer starken Erweiterung der Tätigkeiten der Gruppe beigetragen.

III. Politische Zielrichtung

Anders als oft üblich, ist die Zielrichtung unserer Tätigkeit nicht von vornherein durch theoretische Konzepte festgelegt gewesen. Jedoch hatten alle Mitglieder über die Kritik an den bestehenden Verhältnissen hinaus den Anspruch, ihr Fachwissen im Sinne der Veränderung in Richtung auf eine menschliche, sozialere Gesellschaft einzusetzen.

Bestehende Organisationen kommen einer solchen Tätigkeit nicht entgegen. Das politische Selbstverständnis der Berufsvereinigungen ist fast überall noch frühindustriell oder kleinbürgerlich. Die Gewerkschaften und Parteien sind schlecht auf die Arbeit von Berufsgruppen eingerichtet und für das oft „unpolitische" und unrealistische gesellschaftliche Bewußtsein unserer Berufsgruppe nicht sehr anziehend. Für einen Ausweg aus dieser Situation, in der Techniker, Wirtschaftler und Wissenschaftler politisch weitgehend passiv und deshalb leicht für fremde Interessen einsetzbar bleiben, halten wir Organisationsformen, die den konkreten Problemstellungen entsprechen. Als ein Ansatz dieser Art versteht sich auch die KATALYSE-TECHNIKERGRUPPE. Unsere politische Aufgabe besteht also darin, Techniker und Betroffene über gesellschaftliche Zusammenhänge zu informieren, ihnen Anregungen und Lernmöglichkeiten für gesellschaftspolitische Tätigkeiten zu bieten und darauf hinzuarbeiten, daß unsere Berufsgruppe ihre Zurückhaltung gegenüber Gewerkschaften und Parteien abbaut. Weitere Aufgaben sind, demokratische Organisationen in technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fragen zu unterstützen, die Öffentlichkeit über technisch-gesellschaftliche Sachverhalte zu informieren und politische Modelle von der technischen Seite her zu überprüfen.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, versucht die Technikergruppe, keine schmale politische Richtung zu vertreten, sondern das ganze Spektrum fortschrittlicher Einstellungen und Meinungen zur Wirkung zu bringen in der Weise, daß sich die verschiedenen Strömungen ergänzen und verstärken. Ebenso strebt sie an, mit anderen Gruppen und Organisationen zusammenzuarbeiten, um der Fachblindheit entgegenzuwirken und ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, als Techniker auch über die eigene Gruppe hinaus gesellschaftspolitisch tätig zu werden."

Kontaktadresse: Karl Barth Maus, Wittenberg Str. 14-16, 4300 Essen 1, Tel. üb. G. Ondrej, Volkshochschule Essen 0201 / 23 32 87 / 88

OFFENER BRIEF DER DFG-VK

SAARBRÜCKEN 29. September

Offener Brief der DFG-VK (Deutsche Friedengesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner e. V.):

„Wir wissen, daß ins griechische Parlament ein Gesetzesentwurf gebracht worden ist, damit die Zeugen Jehovas waffenlosen Dienst ableisten können. Es ist ein großer Irrtum, wenn der Gesetzgeber meint, daß nur unter den Zeugen Jehovas Antimilitaristen zu finden sind. Und aus diesem kleinen Teil der Antimilitaristen will man in Griechenland Berufssoldaten machen. Das ist leider die Wahrheit, wenn dieser Teil der Antimilitaristen in Zukunft doppelt so langen MILITÄR-Dienst ableisten muß, wie die bewaffneten Soldaten, d. h. zur Zeit 4 1/2 bis 5 Jahre! Für alles das hat die griechische Regierung zuerst auf die Beschuldigung des Europarates gewartet, daß sie die Menschenrechte verletzt.

Das ist aber nur ein naiver Spott!
Deshalb solidarisieren wir uns mit unseren griechischen Freunden und fordern:

Die Freilassung aller Gewissensgefangenen in Griechenland, deren einziges Verbrechen es ist, daß sie sich für Frieden und Abrüstung einsetzen!

Amnestie für alle griechischen Antimilitaristen, die ins Ausland geflüchtet sind!

Die Schaffung eines Zivil- und Friedensdienstes für alle Antimilitaristen, der mit dem Militärdienst keine Beziehung haben wird und nicht länger als der Militärdienst dauern wird. — Selbst der Militärdienst in Griechenland dauert sehr lange.

Möglichst aktive Teilnahme Griechenlands an internationalen Bemühungen für Frieden und Abrüstung!"

PETER BRÜCKNER SUSPENDIERT

HANNOVER, 13. 10. 77 *Peter Brückner wurde am Freitag, 13. 10. 77 vom Dienst an der Tu—Hannover suspendiert!!*

ÜBRIGENS:
Auf einer Veranstaltung des VLB (Verband Linker Buchhändler) sagte Peter Brückner (für einen linken Prof) folgenden bemerkenswerten Satz, als Prof. Narr aus Berlin den Antiintellektualismus des Mescalero—Artikels kritisierte: (sinngemäß)
Im Mescalero—Artikel sei Kritik am Intellektualismus enthalten, die linken Intellektuellen möchten sich einmal im Spiegel dieser Kritik betrachten und sich fragen, ob die Lehrer des Marxismus in den Seminaren nicht zur Charaktermaske des Marxismus verkommen seien ????

Betrifft: DEMONSTRATION GEGEN K-GRUPPEN-VERBOT IN BONN

BONN
8. Oktober 1977
de

Trotz aller Schwierigkeiten, die undogmatische Linke mit den Parteiaufbaulern haben, hatten einige Spontis den Mut, ihre undogmatische Solidarität zu zeigen. Sie nahmen mit eigenen Parolen an der Demo in Bonn teil. Ihre Erfahrungen berichten sie hier. Wenn es auf den nächsten Uni-VV's um die Unterstützung der K-Gruppen geht, sollten wir vorher klären, in welchem Rahmen unsere Solidarität stattfinden kann, ohne daß wir dabei auch noch von ihnen 'getreten' werden.

„ZENTRALE DEMONSTRATION GEGEN DIE VERBOTSANTRÄGE VON KBW, KPD und KPD/ML

Stichwort: „Rückwärts mit der KPD/ML"

Wir (sechs Leute!) hatten uns am Ende des Demonstrationszuges Süd hinter dem KBW-Block mit einer schwarzroten Fahne (steht für Syndikats-Anarchismus) aufgestellt. Schon nach kurzer Zeit forderten uns mehrere Ordner der KPD/ML (Gruppe Roter Morgen) auf, die Fahne sofort wieder einzupacken. Als wir uns auf die Aktionseinheit beriefen, deren Forderungen wir durch unsere Anwesenheit ja schließlich unterstützten, lehnten sie jede Diskussion kategorisch ab. Ihre einzige Begründung: der Anarchismus sei Gift für die Arbeiterklasse. Deswegen wurde uns zwar zugestanden, als Herdenvieh für ML-Fahnen mitzulaufen, nicht aber öffentlich als Anarchisten die gemeinsamen Forderungen zu unterstützen. Rechtfertigender Kommentar einer KBWlerin: „Die Farbe der Arbeiterklasse war schließlich immer schon rot und nicht schwarz."

Wir trugen die rotschwarze Fahne trotzdem weiter. Nach einer Weile stürzten plötzlich mindestens zehn (!) KPD/ML-Ordner in schwarzen Lederjacken auf uns zu, drängten uns vom Demo-Block ab, entrissen uns die Fahne und machten sich aus dem Staub. Obwohl wir eine maßlose Stinkwut über das Vorgehen der ML haben, finden wir unsere Teilnahme an der Demonstration nach wie vor richtig: wir verstehen die Verbotsanträge als einen Angriff des bürgerlichen Staates nicht nur gegen KBW, KPD und KPD/ML, sondern gegen alle fortschrittlichen Kräfte in diesem Land. Deshalb müssen auch alle fortschrittlichen Kräfte diesen Angriff gemeinsam zurückschlagen.

Wir finden des unverschämt und schädlich für den Kampf, wenn die KPD/ML die Diskussion abblockt und statt der Aktionseinheit ihre Fahne zur Basis des gemeinsamen Kampfes macht. Im KBW gab es sowohl Rechtfertigung als auch Empörung und Ablehnung des KPD/ML-Verhaltens. Wir fordern deshalb KBW, KPD undKPD/ML zu einer grundsätzlichen Stellungnahme auf.

Allerdings richtet sich unser Vorwurf auch gegen alle anderen linken Organisationen und unorganisierten Linken, die den Kampf gegen den bürgerlichen Staat, der ein gemeinsamer sein muß, in diesem Fall gar nicht erst aufgenommen haben und dadurch solchen Übergriffen wie dem der KPD/ML noch Vorschub leisten.

Wir fordern unter anderem den ASta Heidelberg auf, zur Frage dieser Aktionseinheit Stellung zu beziehen!

Absender: Eine Gruppe aus Heidelberg"

Kontaktadresse: BIRK/Schiffermann, Blumenstraße 3, 6900 Heidelberg

SPONTANE ERKLÄRUNG ZUM K–GRUPPEN–VERBOT

BONN 7. Oktober ten Fahne

Offener Brief an die ZK's von KBW, KPD und KPD/ML an die Redaktionen der roten Fahne, Roter Morgen, Kommunistische Volkszeitung, Arbeiterkampf, Was tun, U Z und an uns mit Anschrift bekannten Zeitungen aus der Sponti - Anarchisten - und Alternativpresse mit der Bitte um Veröffentlichung.
Erklärung von Spontis und Anarchisten, die an der Demonstration vom 8.10.77 in Bonn gegen die Verbotsdrohungen von KBW, KPD und KPD/ML teilnahmen:

Wir waren nach Bonn gefahren, da wir die Initiative des CDU-Bundestagsvorstandes, die genannten Parteien zu verbieten und den KB über den Verwaltungsweg mit dem Hinweis auf "kriminelle Vereinigung" in die Illegalität zu zwingen als einen weiteren wichtigen Schritt dieses Staates sehen, die gesamte Linke zu bekämpfen und letztendlich zu zerschlagen. Es reiht sich ein, in die in den letzten Jahren sich ständig verschärfenden Repressionen gegen die gesamte deutsche Linke und bereits Teile der Bevölkerung, und stellt darin zur Zeit den Höhepunkt dar.

Wir waren und sind der Meinung, wer die Schärfe mit der das Kapital und seine Interessenvertreter dieser Staat zur Zeit vorgeht, richtig beobachtet und das zu einem Zeitpunkt, wo wir (die gesamte Linke) realistisch betrachtet noch am Anfang stehen und keinen entscheidenden Einflußfaktor darstellen, auch erkennen muß, daß nur ein einheitliches Vorgehen aller fortschrittlichen demokratischen sozialistischen kommunistischen trotzkistischen spontaneistischen und anarchistischen Kräften den totalen Polizeistaat und die Zerschlagung der gesamten Linken verhindern können.

Zu einer solchen breiten Aktionseinheit gehört für uns natürlich nicht nur die gemeinsame Aktion, sondern auch die vorherige Diskussion und Herausarbeitung einer gemeinsamen Minimalgrundlage auf der sich alle beteiligten Kräfte zusammenschließen. Das dies vor der Demonstration in Bonn nicht geschehen war, es stattdessen nur zu einer gemeinsamen Grundlage der drei sich marxistisch leninistisch nennenden Parteien gekommen war auf der wir dann keinen Einfluß mehr hatten, hat uns schon sehr verärgert. Uns schien es jedoch wichtiger, gemeinsam gegen die Repression dieses Staates zu kämpfen, als uns hinter diesem Ärger zu verstecken und zu Hause zu bleiben.

Deshalb kamen Spontis, Anarchisten und Anti-AKW-Grupper zur Demonstration und bildeten einen unabhängigen undogmatischen Block, der durch eigene Parolen und Fahnen sich von den anderen Demonstranten abhob. Kurz vor dem Eintreffen auf dem Bonner Rathausplatz versperrten eine Reihe von KPD/ML-Mitgliedern bzw. Ordnern den Weg. Als Grund wurde angegeben, daß auf dem Rathausplatz nur Kommunisten anwesend seien und wir mit unseren Fahnen (zwei Anarchofahnen, eine Spontifahne und eine Anti-AKW-Fahne) dort nichts zu suchen hätten. Nachdem wir kurz erklärt hatten, daß alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen worden waren und wir einen gemeinsamen Kampf gegen die Verbotsdrohungen für richtig halten, bereiteten wir diesem Spuk ein Ende und durchbrachen die Kette. Auf dem Rathausplatz hängten wir zur Kenntlichmachung unseres Standpunktes unsere Fahnen an einem Laternenmast auf, um nicht vereinzelt zu werden. Noch während wir uns dort sammelten erfolgte ein erneuter Angriff der KPD/ML. Es kam zum Handgemenge, und die ML'er mußten erneut einiges einstecken. Sie versuchten mit Gewalt unsere Fahnen zu zerstören bzw. zu klauen. Bis auf einige Fahnenstangen konnten wir auch diesen Angriff zurückschlagen. Nach ein paar Minuten sammelten sich noch mehr KPD/ML'er und versuchten erneut uns die Fahnen abzunehmen. Auch diesemal wurden sie zurückgedrängt. Nach sicheren Angaben verschiedener Genossen verwendeten die KPD/ML-Schläger bei ihren Angriffen Schlagstöcke. Hiernach bildeten wir Ketten und blieben fest zusammenstehen, um gegen evtl. Angriffe geschützt zu sein.

Wir versuchten anschließend einen Vertreter von uns eine Solidaritätsadresse verlesen zu lassen., um dabei direkt auf die Vorfälle einzugehen. Vor dem Podium wurde einer von unseren Genossen von einem Bonner KBW'ler erkannt und daraufhin konnten wir noch nicht einmal persönlich mit der Demonstrationsleitung reden. Sie erwähnten einen Beschluß der "Aktionseinheit" der weitere Redebeiträge

nicht zulassen würde. Was jetzt der wahre Grund war, das wir nicht reden durften, mag dahingestellt sein. Wir verzogen uns daraufhin in einen Park und beschlossen, in Zukunft fester und besser zusammenzuarbeiten.

Neben der Stellungnahme zu obigen Punkten verlangen wir die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum geht Ihr mit Gewalt gegen sichtbar nicht bei Euch organisierten Demonstranten vor, die (trotz ihrer politischen Differenzen mit Euch) dem Aufruf folgend zur Demonstration gekommen sind, um gegen das drohende Verbot Eurer Organisationen zu protestieren?
2. Falls diese Angriffe nicht auf Anordnung der Demonstrationsleitung stattfanden - wieso griffen die überall zahlreich vorhandenen Ordner bei diesen Vorfällen nicht ein?
3. Uns wurde von Mitgliedern Eurer Organisationen Erklärungen gegeben wie z.Bsp. folgende:
   "Schwarz ist die Farbe der Reaktion, wir wollen eine einheitliche Demonstration ohne Spalterfahnen, wir haben Euch nicht eingeladen".
   Warum habt Ihr nicht bei Eurem Aufruf ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Anarchisten und Spontis unerwünscht sind? Warum ladet Ihr AKW-Gegner zu Eurer Demonstration ausdrücklich ein, wenn Ihr dann versucht, sie zu verprügeln?
4. Sind Solidaritätserklärungen der undogmatischen Linken und der AKW-Gegner nur so lange gut, wo Ihr sie verlesen könnt, was ist wenn sie auch offensiv und mit dem klaren eigenen Standpunkt von unserer Seite vertreten werden, warum führt Ihr nicht die offene Auseinandersetzung darüber?

An dieser Stelle einige Worte des Vorsitzenden der KPD/ML: "Wir sind keine linken Betschwestern, die wenn man sie auf die linke Backe schlägt, die rechte hinhalten!" Bravo, Genosse Ernst - ein wahres Wort, wonach auch wir uns verhalten. Wir sind dem Polizeiterror normalerweise nur von den Bullen gewöhnt und wehren uns dagegen.

Die beschriebenen Beispiele sind für uns abschreckend genug und es fällt uns auch schwer, eine breite Aktionseinheit nicht zu begraben. Wir halten es jedoch nach wie vor für notwendig eine solche Aktionseinheit zustande zu bekommen und uns dort darauf zu besinnen, daß der Hauptfeind das Kapital und der Staat sind, und daß es gilt, diese gemeinsam zu bekämpfen und unsere Differenzen in solidarischen Diskussionen auszutragen. Deshalb fordern wir alle fortschrittlichen demokratischen sozialistischen kommunistischen trotzkistischen spontaneistischen und anarchistischen Kräfte dazu auf, sich in Zukunft auf regionaler und überregionaler Ebene zu treffen um eine gemeinsame Minimalgrundlage und gemeinsame Aktionen gegen die gesamte Repression zur Zeit Schwerpunktmäßig gegen die Verbotsdrohungen zu diskutieren und durchzuführen. Wir fordern die sich marxistisch leninistisch nennenden Parteien auf, eine klare Aussage dazu zu machen, ob sie bereit sind, hieran teilzunehmen, oder ob sie nur Aktionseinheiten unter ihren Fahnen und ihren Programmen durchführen, wo alle Andersdenkenden gnädigerweise hinterherlaufen dürfen, solange sie nicht ihre Position miteinbringen und deutlich zu machen versuchen. Damit würden sie dann für uns allerdings jede Grundlage für gemeinsame Aktionen verlassen.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!
Gegen Repression, gemeinsame Aktion!

Unterzeichner:

Mitglieder der Duisburger Bürgerinitiative Atomkraft

Anarchisten aus Duisburg

Initiative "Bessere Zeiten - Spontiblatt für Bonn und Umgebung"

Anti-AKW-Gruppe Troisdorf

KB-Sympathisanten Troisdorf

Zentralrat der umherschweifenden Saufrebellen und Ex' FJH'ler, Troisdorf

Düsseldorfer Spontigruppe

INTERNATIONALES

DER KAMPF GEGEN DAS AKW GÖSGEN GEHT WEITER

OLTEN
10. Oktober

Das Schweizer Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen schickte folgendes Pressecommunique:

„Heute hat eine kleine Gruppe des SAG exemplarisch die Zufahrtsstraße zum AKW Gösgen besetzt und Barrikaden errichtet. Über eine Stunde konnten keine Lastwagen passieren. Privat- und Personalfahrzeuge wurden anstandslos durchgelassen. Mit Flugblättern, Megaphon und Transparenten haben wir den Sinn unserer Aktion erklärt. Während der Aktion haben ein paar höhere Angestellte und aufgehetzte Arbeiter versucht, gewaltsam gegen Demonstranten und Barrikaden vorzugehen. Da uns von Anfang an klar war, daß wir gewaltfrei bleiben wollen, haben wir uns zurückgezogen, nachdem wir immer massiver bedrängt wurden. Mit dieser Aktion haben wir gezeigt, daß der Widerstand gegen das AKW Gösgen weitergeht."

AUFRUHR, BERLIN – ALEXANDERPLATZ

OSTBERLIN
19.Oktober

Wir kamen gegen 22 Uhr auf den Alexanderplatz, die größten Auseinandersetzungen,die seit 18 Uhr am Gange waren, waren da also schon vorbei, nur wußten wir davon nichts. Die Würstchenbuden waren geschlossen – leider! Wir hatten Kohldampf.

Einige tausend Jugendliche standen vorwiegend ruhig herum und versuchten etwas von den Geschehnissen um die Diskothek im Bürgerhaus in der Mitte des Platzes mitzukriegen. Die eigentliche ‚Front' war zu dieser Zeit nur ein etwa 60 Meter breites Stück, wo die Jugendlichen versuchten, die Kette, die die Bullen um das Gebäude gelegt hatten, zu durchbrechen. Wir hatten den Eindruck, daß es nichts weiter als ein Gerangel war, dem die Jugendlichen ebenso wie die Erwachsenen geradezu gelassen zusahen. Allerdings flogen in der Nähe des Gebäudes Cafestühle, Papierkörbe und ähnliches durch die Gegend. Wir verstanden die Parolen (‚FCU') nicht, die die Jugendlichen riefen; schließlich erklärte uns einer, daß FC Union der von den Jugendlichen favorisierte Fußballclub ist, dessen Anhänger im ganzen Land als Randalierer und Rowdies verschrien sind. Im Gegensatz dazu gibt es den BFC, der von den Bullen unterstützt wird.

Andere Parolen waren nur „Zugabe, Zugabe"; bei einem Bullenausfall, gegen Mitternacht begegnete uns eine Gruppe, die „Venceremos" sang. Etwa um 22.30 Uhr wurde erst die Balustrade im ersten Stock des Gebäudes, dann der ganze Platz von einer Hundertschaft (höchstens) von Bullen geräumt. Währenddessen ging oben im Cafe eine anscheinend größere Schlägerei vor sich (die Gardinen verhinderten eine genauere Einsicht), die riesigen Scheiben der Seitenfront gingen teils durch von innen fliegende Stühle, teils durch von außen hineingeworfene Steine zu Bruch. Trotzdem war die Atmosphäre die ganze Zeit hindurch anders als wir es inzwischen bei uns gewöhnt sind; unpolitischer, vielleicht wie bei uns vor 10 Jahren: die Bullen hatten werder Helme noch Schilde, sondern waren nur mit langen Schlagstöcken ausgerüstet; es gab keine Wasserwerfer. Die Leute waren weder besonders aggressiv noch be-

sonders ängstlich. Hinter dem Gebäude konnte man bis direkt an die Kranken- und Einsatzwagen herangehen. Die Festgenommenen (wir haben etwa 10 bis 20 Festnahmen beobachtet) wurden nicht im Polizeigriff abgeführt, sondern nur leicht am Arm gefaßt. Wir haben keinerlei Ausfälligkeiten von Bullen beobachten können – und trotzdem sind die Berichte der hiesigen Presse in der Tendenz richtig (wenn auch nicht unbedingt in den Einzelheiten – 3 Tote?) wie wir im Nachhinein aus Ostberlin erfahren haben. Nur hat die Auseinandersetzung Jugendliche–Bullen in der DDR offensichtlich völlig andere Formen als bei uns: es gibt wohl sehr viel mehr kleinere Schlägereien, bei denen die Jugendlichen auch sehr direkt und willkürlich herausgegriffen und zusammengeschlagen werden. Allerdings hatte keiner der Jugendlichen, mit denen wir gesprochen haben, Erfahrungen mit Auseinandersetzungen dieses Ausmaßes. Vor allem sind die Folgen für die Jugendlichen unabsehbar: wo es bei uns noch immerhin in der Regel offene Verhandlungen vor Gericht gibt, ist dort schon längst Nachrichtensperre, es wird keine Öffentlichkeit geben, die erfährt, was mit den beteiligten Jugendlichen im Nachhinein geschehen wird – es erwartet sie schlimmstenfalls Anklage wegen Mord.

NR. 3 VON 'ONZE BUREN RECHTS' ERSCHIENEN

AMSTERDAM
Oktober 1977

Wie wir im ID Nr. 184 berichtet haben, erscheint seit Anfang '77 eine Zeitung, die sich mit der politischen Situation in der BRD befaßt. Hervorgegangen ist die 'onze buren rechts'-Gruppe aus einer Initiative für ein Russell-Tribunal über die Menschenrechtsverletzungen in der BRD, aber auch aus der Gewißheit, daß das 'Modell Deutschland' in ihr eigenes Land importiert werden könnte. Was sich in der jüngsten Zeit bestätigt hat.

Die Nummer 3 berichet neben der neuesten Entwicklung zum Russell-Tribunal und der Chronologie "das deutsche Repressionswunder" über politische Gefangene in der BRD, über die Berliner Gefangenenzeitung "Durchblick", über den Frankfurter Gefangenenrat und über 'Frauen im Gefängnis'.

Zu bestellen ist 'onze buren rechts' über

Postbus 15 008
Amsterdam, tel. 020 - 18 65 86
" - 86 58 40

'HET FORT VAN SJAKOO'

AMSTERDAM
16. Oktober

'Het fort van Sjakoo' ist eine Buchhandlung, die am 8. Oktober 1977 in der Jodenbreeshaat 24 zwischen dem Rembrandt-haus und dem Flohmarkt eröffnet wurde. Es gibt dort Plakate, Fotos, Zeitschriften, Flugblätter, Broschüren und Bücher, die sich mit Ideen und Erfahrungen von Menschen, die sich wehren und versuchen, ihr Leben selbst zu bestimmen, auseinandersetzen.

Der Laden ist kein politischer Supermarkt, wo alles verkauft wird, wenn es sich nur "links", "sozialistisch" oder "alternativ" nennt. Regale voll mit politischer Parteienideologie haben wir nicht. Hingegen Ausgaben über undogmatische und autonome Bewegungen und Gruppen, und von Personen, die mit ihren Schriften Erstaunen, Zweifel, Bestürzung und Entzücken hervorrufen und damit einen Anstoß zu selbständigem Denken und Handeln geben können.

Die seit 10 Jahren in Amsterdam bestehende Stadtteil- und Häuserbesetzungsbewegung, vor allem in Nieuwmarktviertel, hat zum Eröffnen dieses Laden geführt.

Der Laden ist in einem seit 1975 besetzen Haus, das abgebrochen zu werden droht (für Bürohäuser der englischen Firma Grand Vista Properties). Das Haus, daß innen fast zerstört war (keine Böden und Decken mehr) ist gemeinsam in den letzten Jahren repariert und erneuert worden.

Der Name des Ladens (Fort von Sjakoo) ist eine Redensart in Amsterdam um zu sagen, daß etwas eine asoziale Schweinerei ist. Anfang des 18. Jhrdts. lebte S'Jaco, der mit seiner Bande Stadt und Land unsicher machte. In seinem Haus (Fort) konnte er durch die Autoritäten beinahe nicht gefangen werden. Er wurde doch gefaßt und auf abscheuliche Weise öffentlich hingerichtet als abschreckendes Beispiel für diejenigen, die sich am Besitze der Reichen vergreifen wollen. Von dieser Geschichte ist diese Redensart entlehnt, die wir von Schimpfwort zum Ehrenname gemacht haben.

Wir führen Schriften in verschiedenen Sprachen: englisch, französisch, deutsch, spanisch, portugiesisch, italienisch, holländisch und skandinavisch und würden gerne regelmäßig Informationen über Eure Ausgaben erhalten .

Het Fort von Sjakoo, Jordenbreestraat 24
Amsterdam, Tel. 020 - 22 54 20

NOREEN WINCHESTER BRAUCH AUCH DEINE HILFE

AMSTERDAM
18. Oktober

Noreen Winchester ist ein 20-jähriges Mädchen, das im Frühjahr 1977 zu sieben Jahren Knast verurteilt wurde wegen Mord an ihrem Vater, der sie vergewaltigt hatte.

Noreen, die älteste von acht Kindern, wurde am 19. November 1956 geboren. Sie wohnte im protestantischen Viertel von Belfast: Hunterstreet 17, Sandy Row. Als sie 13 war, wurde ihre Mutter, eine Alkoholikerin, in einer Irrenanstalt aufgenommen, wo sie noch immer, als eine lebendige Tote, verbleibt.

Am gleichen Tag als ihre Mutter aufgenommen war, wurde Noreen schon von ihrem Vater, der auch Alkoholiker war, vergewaltigt. Er droht, sie und ihre sieben Geschwister umzubringen, wenn sie es wagte, darüber mit jemand zu sprechen.
In den nächsten Jahren hat er sie und ihre Schwestern Sandra und Ellen mehrmals vergewaltigt.
An einem Abend im Frühjahr 1976, als ihr Vater mal wieder betrunken nach Hause gekommen war, haben Noreen und ihre Schwester ihn umgebracht. Sie haben ihn mit einem Messer in den Hals gestochen, er war gleich tot.

Noreen und ihre Schwester haben diese Tat begangen, weil sie ganz verzweifelt waren und diesen Alptraum beenden wollten. Dann kam die Angst darüber, was sie getan hatten. Sie wußten nichts anderes zu tun, als mit Hilfe eines 14-jährigen Bruders die Leiche in einen Graben zu schleppen, in der Hoffnung, daß man es für einen der in Nordirland üblichen sektierischen Morde halten werde .
Die Polizei aber wußte bald Bescheid, und Noreen wurde des Mordes beschuldigt, während des Prozesses wurde die Anklage auf Totschlag geändert.
Der Richter hatte überhaupt kein Mitleid, er war der Meinung, daß Noreen jahrelang „eine willige Partnerin" gewesen sei, weil sie sonst schon lange vorher zur Polizei gelaufen wäre.

Nur ganz summarische Tatsachen durften publiziert werden, nämlich nur die Namen des Schlachtopfers, der Angeklagten und des Anklägers, weiter nichts. Schon das macht vieles deutlich! Aber die feige Presse in Irland und England war sehr brav, weil sie Angst hatten, vom Gericht ausgeschlossen zu werden, falls sie etwas über diese „Sex-Sache" publizierten. Darum wurde die ganze Sache vertuscht, und jetzt muß Noreen mindestens vier Jahre ihrer Strafe im Knast absitzen.
Nicht eine Zeitung hat es gewagt, die „wahren" Tatsachen und Hintergründe zu veröffentlichen, denn es war klar, daß die ganze Geschichte stank! Noreen war keine willige Partnerin, sondern ein hilfloses Opfer. Jeder, der nur etwas von Irland weiß, wird das verstehen. Irische Kinder werden erzogen zu völliger Gehorsamkeit gegenüber der Autorität von Kirche und Staat.

Sex ist natürlich auch ein Tabu! Sexuelle Gefühle bestehen einfach nicht, nicht bei Kindern und auch nicht bei ihren Eltern! Natürliche Sexualität wird bei Jugendlichen stark unterdrückt.

In Sandy Row, wo Noreen wohnte, kommt Inzest häufig vor, genauso wie in den anderen Ghetto-Vierteln von Belfast. Was kann man auch erwarten von Eltern, die so frustriert sind und noch immer unterdrückt werden? Das ist auch der Grund, warum Inzest ein größeres Problem ist als der Alkohol. Da Fremdgehen völlig unmöglich ist - man weiß alles voneinander - wird Inzest oft als Auslaßventil gebraucht.
Töchter wie Noreen sitzen in der Falle. Loyalität der Familie und Eltern gegenüber, der Brauch, den Schein zu wahren, die eingeprügelte Gehorsamkeit der Autorität gegenüber, dies alles machte es für ein Mädchen wie Noreen völlig unmöglich, den Vater anzuzeigen.
Sie wurde erst von ihrem Vater und nachher von seinen Verwandten bedroht. Sie drohten, sie umzubringen, wenn sich die Gelegenheit böte.

In den letzten Jahren gab es in den Vereinigten Staaten einige Prozesse, bei denen Frauen, die ihre Vergewaltiger umgebracht hatten, zuerst schwer bestraft wurden, aber später, im zweiten Prozeß, Freispruch erhielten, wie z.B. Inez Garcia, Joan Little und Yvonne Wanrow. Eine der bekanntesten ist [illegible]y Fitzpatrick, die nach sieben Jahren freigelassen wurde und jetzt als Kindermädchen der jüngsten Tochter des Präsidenten arbeitet. Alle diese Frauen wurden nur entlassen, weil es so viel Publizität gegeben hat, oder weil sie einflußreiche Personen kannten.

Noreen Winchester ist ebenfalls ein Opfer der Vergewaltigung und braucht viel Hilfe. Sie bekommt fast keine Hilfe in Irland, darum müssen wir versuchen, alles Mögliche zu tun. Feministische Organisationen könnten viel für Noreen tun, denn von den meisten Männern hat sie nichts zu erwarten.
Willst Du Noreen helfen ? Schreib dann bitte eine Postkarte an: **Mr. Rees, Home Secretary, Home Office, London S.W. 1, England.** Schreib ihm Deine Meinung und verlange die unmittelbare Freilassung von Noreen. Schreibst Du auch ein Kärtchen an Noreen? Sie wird sich freuen, wenn es ihr deutlich wird, daß es noch Menschen gibt, die sich um sie kümmern.
Ihre Adresse ist: **Noreen Ann Winchester, A 1 Wing, Armagh Prison, Armagh, Nord Irland.**

(von: THE HAPOTOC FAMILIY INTERNATIONAL, P.O.Box 10638, Amsterdam, Holland / Oktober 1977)

POLIZEIAKTION BEI LIP

BESANÇON
13. Oktober

Zu dem neuerlichen Polizeieinsatz, bei dem es um das Abstellen der Gasleitung ging, schreiben die LIP's:

„Seit 16 Monaten haben wir unter einer Serie von Gewaltakten zu leiden: Arbeitslosigkeit, Kürzung des Arbeitslosengeldes, Anschläge auf den elektrischen Transformator, Sabotage der Gasinstallation und auch unter den Schlagstöcken und den Schlägen der Polizei. All diese Gewalt, die von Seiten des Ausbeuters kommt, ist unerträglich. Man muß sie bekämpfen ... Das ist eine Frage von Leben und Würde."

Im Einzelnen verlief die Aktion wie folgt:
Freitag, den 7. Oktober, um 16 Uhr erscheinen vor der Fabrik 6 Polizisten, Angestellte der GDF (Gaz de France, staatliche Gasgesellschaft), ein Generaldirektor von EDF und Arbeiter eines Lyoner Unternehmens, um den Gashauptanschluß der Fabrik abzustellen. Das Gas wird in der Fabrik zur Heizung (wichtig zur Instandhaltung der Präzisionsmaschinen und Werkzeuge) und für die Küche gebraucht. Hier wird für die Arbeitslosen von Besançon und die LIP's Essen (mittags und abends) für 4 Francs pro Mahlzeit zubereitet.

Kurz darauf kamen zwei Busse mit Polizei in Helmen, die Schlagstöcke in der Hand, und nahmen Position ein. Die Wache gab dann Alarm in der Fabrik, in der zufällig noch eine Gruppe von 40 Personen versammelt war. Die Tatsache, daß die flics aus Besançon waren, erregte die LIP's besonders. So kam es ziemlich schnell zu einem Handgemenge, in dem dann ein Arbeiter einen Nasenbeinbruch erlitt. Eine Delegation fuhr in die Stadt zum Büro des Konkursverwalters Jaquot, der es aber ablehnte einzugreifen. **Inzwischen ging die Auseinandersetzung vor** der Fabrik weiter, zu der auch Bewohner der benachbarten Mietshäuser hinzukamen und die LIP's unterstützten. Das Vorgehen der Polizei wurde brutaler, und es gab bald weitere Verletzte: eine Frau mit schweren Bluergüssen und ein Mann, dem die Schulter ausgekugelt und der Oberarm gebrochen wurde.
Von Seiten der LIP's flog dann ein Molotow-Cocktail und bald darauf ein zweiter den flics entgegen.
Die Auseinandersetzungen begannen den Charakter eines Straßenkampfs anzunehmen. Kommentar der LIP's zu den Kämpfen: "Darunter sind einige Gefährliche, hervorgegangen aus den Mannschaften der CRS, von dort haben sie alle ihre Verhaltensweisen mitgebracht: "nicht diskutieren, draufschlagen!" besonders auf Frauen und auf die Schwächsten, sich auf die am Boden Liegenden zu stürzen, das Maximum an Fußtritten auszuteilen. Man muß diese Gier gesehen haben, um das Aufbegehren derjenigen zu verstehn, die an solch einem traurigen Schauspiel dabeigewesen sind. "
Kurz vor 19 Uhr beendete EDF seine Mission und zog sich mitsamt seinem "Schutz" zurück. Die LIP's begannen sogleich den noch nicht vollständig getrockneten Zement, der über den Hauptanschluß gegossen worden war, wegzuräumen, um ihn eventuell wieder funktionsfähig machen zu können. In der Zwischenzeit funktioniert die Küche wie bisher, nur mit Propangas eben, und alle Freunde der LIP's sind eingeladen, ihre Mahlzeit mit ihnen einzunehmen.
Am selben Abend noch auf einer gewöhnlichen Sitzung des Stadtrates wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Polizeiintervention verurteilt wird. Aber die LIP's bleiben solchen Verbalakten gegenüber skeptisch, denn es wurde schon soviel versprochen und sowenig gehalten. Obwohl hier der Stadt zu Gute gehalten werden muß, daß sie bereit ist, das Gelände und die Gebäude zu erwerben (für 5 Mio. Francs), aber der Konkursverwalter blockiert den Verkauf (er will mehr), obwohl das bisher das einzigste Angebot ist.
Die Haltung der Verantwortlichen, sei es das Handelsgericht, der Präfekt oder der Konkursverwalter ist im allgemeinen voll Lügen, nicht gehaltenen Versprechen und Unverantwortlichkeiten. "Aber das Unglaublichste von allem ist, daß jedesmal, wenn wir eine Frage an einen Verantwortlichen stellen, er sich nicht für zuständig erklärt und die Verantwortlichkeit an einen anderen weitergibt. Wir haben es anscheinend mit einer Bande von Verantwortungslosen zu tun."

aus: LIP actualité und Libération

ALTERNATIVER JAHRMARKT IN BOLOGNA ODER EIN HANDZEICHEN DES CLOWNS UND 50.000 SCHAFE BRÜLLEN WIE DIE TIGER

BOLOGNA
26. September

In Bologna fand vom 23.-25.September ein AntiRepressionskongress statt (vgl. ID Nr. 197). Dazu hier noch eine kritische Einschätzung:

Die Schreiberlinge der Mächtigen von PCI bis DC haben Recht: Die "drei Tage von Bologna" wurden ein Sieg ihrer "Demokratie". Es ist gelungen, der revolutionären Linken, die in den Zeitungen sonst nur als Terroristen, neue Faschisten, Rockerbanden, Rowdies oder Extremisten erscheint, für drei Tage einen Freiraum zu geben, und das Fanal des

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID-Nummer | Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID-Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID 199 ,Freitag und Montag   Dies ist Nr. 200

Widerstands, das der Anti-Repressionskongreß setzen sollte, in einen alternativen Jahrmarkt zu verwandeln.

Seit dem Aufstand der untersten Zigtausend von Bologna im März nach der Ermordung des Lotta Continua-Genossen Francesco Lorusso und der militärischen Rückeroberung des besetzen Univiertels durch Polizei und Carabinieri befand sich Bologna praktisch im Belagerungszustand. Hausdurchsuchungen, willkürliche Verhaftungen auf offener Straße gehörten für die Linken zum Alltag. Einige Genossen sitzen schon Monatelang im Knast, ohne Beweise undnatürlich ohne Prozeß. Seit Mitte September sind sie im Hungerstreik, um wenigstens eine Zusammenlegung in einem einzigen Knast zu erreichen (bisher sind sie aufgeteilt auf verschiedene Stellen im Stadtgebiet). Der Untersuchungsrichter, der gegen sie ermittelt, ist PCI-Mitglied.

Darum der Kongreß in Bologna. Im roten Bologna, der Hochburg des Reformismus. Die Genossen kamen aus ganz Italien. Aus allen Universitätsstädten die Studenten, von denen die meisten nie einen Hörsaal von innen gesehen haben, weil sie weder Geld noch Wohnung haben, um studieren zu können. Aus den Industriezentren des Nordens, wo die Tiefe der Krise inzwischen Hunderttausende von Arbeitslosen geschaffen hat. Aus dem unterentwickelten Süden, wo der weitaus größte Teil der Jugendlichen keine Chance hat, jemals einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Der harte Kern der Bewegung, die "autonomia organizzata", sind gerade diese Marginalisierten, die "Ausgestossenen". Den gewaltigen Zorn als Reaktion auf die Gewalt, den Willen zum Leben gegen eine Gesellschaft des Todes wollten sie in Bologna demonstrieren, wollten gemeinsam diskutieren und handeln.
Die Abschlußdemonstration am Sonntag war Ausdruck der Linie, die sich stattdessen durchgesetzt hat. Die weit über 50.000 Revolutionäre ließen sich am Sonntag widerstandslos aus dem Zentrum der Stadt ausquartieren, die sie drei Tage lang sichtbar und fühlbar "besetzt" hatten, und hielten ihre Abschlußkundgebung nach einigen Kilometern Spaziergang auf einem Platz am Rande der Altstadt ab, während ein paar hundert Meter weiter auf der Piazza Maggiore eine katholische Kirchenfeier unter dem Schutz von mehreren tausend schwerbewaffneten Bullen stattfand. Und dazwischen die Sparziergänger, wie an jedem x-beliebigen Sonntag des Jahres.

Reaktion der Press: es kam nicht zu den befürchteten Ausschreitungen. Selbst als der Zug am Gefängnis vorbeidefilierte, nicht einmal ein Stocken. Nur etwas lauter der Slogan "Freiheit für die gefangenen Genossen!" Viele Auswärtige haben gar nicht bemerkt, wo es am Knast vorbeiging.

Und die Abschlußkundgebung war gar keine. Um Spannungen innerhalb der Bewegung vorzubeugen, hatten die cleveren Organisatoren von Lotta Continua den linken Theaterregisseur und Schauspieler Dario Fo engagiert, der eine Ein-Mann–Show abzog und dabei die Zigtausend über eine Stunde lang mit chinesischen Gleichnissen in seinen Bann zog. Die aufgestauten Aggressionen wurden kanalisiert. An bestimmten Stellen trat in seiner Erzählung ein Tiger auf. Bei jedem Mal gab de[r] große Clown ein Zeichen, und alle durften einmal brüllen. Es gab nur eine einzige "Störung" (auch eingeplant, wie in jedem Dorfzirkus): ein buntbemalter und gekleideter Junge beschimpfte das Publikum: Ihr seid alle Schafe, daß Ihr Euch das Stadtzentrum einfach habt nehmen lassen! Und als sich die Aggressionen gegen ihn richteten, "abtreten, abtreten, abtreten!", rief er, bis er symbolisch vom Mikrofon gezerrt wurde nur immer: "Schafe, Schafe, Schafe..."

Die Genossen haben sich darauf eingelassen, zu Abertausenden in Notzelten am Stadtrand und auf Marmorfußböden in Hörsälen die Nächte zu verbringen, sie haben sich artig Essensbons beim Organisationsbüro gekauft, die zur Inempfangnahme von zwei trockenen Brötchen, zwei Scheiben Mortadella und eine Dose Sprudel berechtigen, sie haben sich für 300 Lire "Frei"-Fahrscheine für die Busse gekauft (extra gedruckt für die Teilnehmer des Kongresses), sie haben sich den Knast in aller Ruhe angesehen und sind nach einem Zirkusbesuch in aller Ruhe und Ordnung wieder nach Hause gefahren. Und das, während in Bologna mindestens 20.00[0] Wohnungen leerstehen, während die Restaurants in der City weiter ihren Reibach machten, während die politischen Gefangenen im Hungerstreik sind ...
Die Bewegung hat schon wieder ihre eigenen Totengräber hervorgebracht. Ihr Maßstab für den Erfolg von Politik ist die Teilnehmerzahl und die dennoch reibungslose Abwicklung, ist das Bestehen vor den Augen der bürgerlichen Öffentlichkeit, ist das Kanalisieren von revolutionärem Zorn in "starke" Organisation.

Und die vielbesungene Vielfalt? Angeblich Ausdruck alternativer Lebensformen, ist sie nur noch Folklore, ist Jahrmarkt, ist nicht mehr grundlage einer alternativen Politik, sie dient der Festigung des Anspruchs des Pluralismus der bürgerlichen "Demokratie".